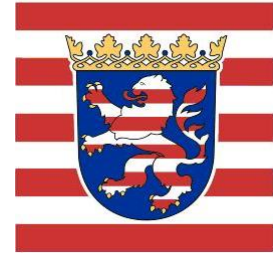




HESSEN



Bericht aus Brüssel

02/2024 vom 26.01.2024

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	10
Energie.....	10
Digital.....	11
Forschung.....	12
Finanzdienstleistungen.....	14
Finanzen.....	15
Soziales.....	15
Gesundheit und Verbraucherschutz	16
Umwelt.....	17
Landwirtschaft.....	19
Justiz.....	21
Inneres.....	23
Bildung und Kultur.....	27
Information, Kommunikation und Medien	27
EU-Förderprogramme.....	28
Veranstaltungen.....	29
Vorschau.....	31

Rat; Sanktionsrahmen Hamas und Palästinensischer Islamischer Dschihad

Der Rat hat am 19.01.2024 per Beschluss einen speziellen Rahmen für restriktive Maßnahmen festgelegt, der es der EU ermöglicht, jede Person oder Organisation zur Rechenschaft zu ziehen, die von der Hamas und vom Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) begangene Gewalttaten unterstützt, erleichtert oder ermöglicht. Der Beschluss wurde vor dem Hintergrund der Schwere der jüngsten Angriffe auf Israel und aufgrund der Tatsache gefasst, dass Gewalttaten, die den Frieden und die internationale Sicherheit bedrohen, bekämpft werden müssen. Er zielt darauf ab, die Gewalttaten der Hamas und des PIJ in Zukunft zu verhindern. Der Rat hat daher auch beschlossen, sechs Personen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit, die für die finanzielle Unterstützung der Hamas verantwortlich sind, in die Sanktionsliste aufzunehmen. Die Vermögen der unter die Sanktionsregelung fallenden Personen werden eingefroren. Es ist untersagt, diesen unmittelbar oder mittelbar oder zu ihren Gunsten Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen bereitzustellen. Außerdem gilt für die in der Liste geführten natürlichen Personen ein Reiseverbot in die EU.

<https://eur-lex.europa.eu/eli/dec/2024/385/oj?locale=de>

Rat; Ukraine und Lage im Nahen Osten

Der Rat Auswärtige Angelegenheiten erörterte am 22.01.2024 erneut Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Bei den Beratungen stand dabei im Mittelpunkt, dass der Ukraine weiterhin Unterstützung, vor allem auch militärische Unterstützung, geleistet werden müsse. Der Rat stimmte darin überein, dass die Unterstützung jetzt aufgestockt werden und schneller fließen müsse, vor allem in Form von Finanzmitteln, von militärischer Ausrüstung und indem Soldaten ausgebildet werden. Der Rat brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass man bei der Aufstockung der Europäischen Friedensfazilität um fünf Mrd. EUR und der Einrichtung eines Unterstützungsfonds für die Ukraine zu einer Einigung gelangen werde, damit der dringendste Bedarf der Ukraine gedeckt werden könne. Er führte ebenfalls eine Aussprache über die Lage im Nahen Osten. Der Rat stellte fest, dass die katastrophale Lage im Gazastreifen mit der steigenden Zahl von Todesopfern in der Zivilbevölkerung, dem allenthalben herrschenden Hunger, dem gravierenden Mangel an humanitären Hilfslieferungen und Zugangsmöglichkeiten und den bereits seit mehr als 100 Tagen festgehaltenen israelischen Geiseln die absolute und unmittelbarste Priorität darstelle. Die Ministerinnen und Minister berieten auch über die Zeit nach dem Krieg im Gazastreifen, über gemeinsame Anstrengungen zur Wiederbelebung des politischen Prozesses im Interesse einer Zweistaatenlösung, eine vorbereitende Friedenskonferenz und einen umfassenden Friedensplan für die Region.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2024/01/22/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 15.-18.01.2024 in Straßburg

Debatte zu den EU-Gipfeln im Dezember 2023 und Februar 2024 und zur Lage in HUN

Der EU-Gipfel im Dezember 2023 und der anstehende Gipfel im Februar 2024 sowie die Lage in HUN standen im Zentrum einer Plenardebatte am 17.01.2024 mit Kommissionspräsidentin von der Leyen. Sie betonte die entscheidende Rolle der EU bei der Steuerung der Welt in einer Zeit der Konfrontation und des Konflikts, der Fragmentierung und der Angst. Sie verwies auf wichtige Entscheidungen der EU wie

den neuen Migrations- und Asylpakt und die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und lobte die rasche und umfassende demokratische Reformen des Partnerlandes. Sie betonte das Engagement der EU für eine ehrgeizige Erweiterungspolitik, die eine EU mit über 30 Mitgliedstaaten vorsieht. Sie unterstreicht auch die Notwendigkeit, den EU-Haushalt zu überarbeiten, um eine kontinuierliche, substanzielle und nachhaltige Unterstützung für die Ukraine sicherzustellen. In Bezug auf die Situation in HUN verteidigte Präsidentin von der Leyen die jüngste Entscheidung der Kommission, einen Teil der bislang zurückgehaltenen EU-Mittel freizugeben. Diese Entscheidung sei getroffen worden, nachdem HUN als Reaktion auf mehrere EU-Empfehlungen Justizreformen durchgeführt habe sie und fügte hinzu, dass rund 20 Milliarden Euro weiterhin eingefroren seien. Die Mehrheit der MdEP lobte die historischen Entscheidungen des Europäischen Rates zur EU-Erweiterung wie z.B. die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine. Sie zeigten sich aber enttäuscht über die fehlende Einigung zur langfristigen Haushaltsüberprüfung der EU und die zusätzliche Unterstützung für die Ukraine. Der Europäische Rat müsse liefern und bereit sein, alle möglichen Optionen in Betracht zu ziehen. Sie wiesen auf die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit hin oder auf das Verfahren nach Artikel 7, um HUN seine Stimmrechte im Rat zu entziehen. Mehrere MdEP forderten die EU-Staats- und Regierungschefs auf, sich nicht von HUN erpressen zu lassen, weitere Informationen über die Freigabe von EU-Mitteln, die aufgrund des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus eingefroren wurden, zu liefern und auf die Forderungen des Parlaments nach Artikel 7 einzugehen. Einige MdEP betonten jedoch auch die Notwendigkeit, eine offene Kommunikation mit HUN aufrechtzuerhalten und Anliegen der HUN-Regierung anzuhören.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2024-01-17-ITM-004_DE.html

Ministerpräsident De Croo zu den Prioritäten des BEL EU-Ratsvorsitzes

Am 16.01.2024 diskutierten die MdEP mit dem belgischen Premierminister Alexander De Croo (RN/BEL) im Plenum über das Programm der sechsmonatigen belgischen Ratspräsidentschaft, die am 1. Januar begann. 2024 wird ein entscheidendes Jahr sein, in dem unsere Demokratien und Freiheiten auf die Probe gestellt werden, sagte Alexander De Croo mit Blick auf die europäischen, aber auch die US-Präsidentschaftswahlen. De Croo forderte die MdEP auf, ihre Solidarität mit der Ukraine aufrechtzuerhalten und die militärische Unterstützung fortzusetzen. Er forderte außerdem eine Öffnung der europäischen Kapitalmärkte zur Förderung von Innovationen und einen Industrial Deal neben dem Green Deal. Zum Thema Migration sagte de Croo, dass die Aufrechterhaltung eines besser koordinierten und integrierten außenpolitischen Ansatzes Teil der Lösung sei. Zu diesem Zweck forderte er umfassende Partnerschaften mit Drittländern, um ihnen zu mehr Stabilität zu verhelfen. Der BEL-Ministerpräsident sagte auch, dass die EU alles tun müsse, um dem Leid in Israel und Palästina ein Ende zu setzen. Er forderte die Eröffnung sichererer und offenerer humanitärer Korridore in Gaza. Die EU muss Israel bei der Freilassung der Geiseln unterstützen und dem Land in seinem legitimen Kampf gegen die Terrororganisation Hamas helfen. Im Namen der Kommission betonte Exekutiv-Vizepräsident Maroš Šefčovič, dass die Europawahlen im Juni dazu beitragen werden, die Zukunft der Union zu gestalten, und dass die laufende Arbeit an wichtigen Gesetzgebungsdossiers im Bereich Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftspolitische Steuerung und der grüne Wandel fortgesetzt werden müsse. Er erinnerte daran, dass die Kommission im Februar das Klimaziel 2040 bewerten und im März eine Strategie vorlegen werde, wie Europa wirksamer vor den Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden könne. Unterstützung für die Ukraine und eine langfristige Lösung im Nahen Osten werden in den kommenden Monaten weiterhin Prioritäten der EU

bleiben, erklärte Maroš Šefčovič. Im Namen der EVP-Fraktion bedauerte MdEP Benoît Lutgen (EVP/BEL), dass der BEL-Ministerpräsident die Landwirte weder erwähnt noch versucht habe, die europäische Bevölkerung zu beruhigen und zu schützen. Die S&D-Fraktionsvorsitzende Iratxe García Pérez (S&D/ESP) forderte, dass die europäische Säule sozialer Rechte die Aspekte Mindestlohn, gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen enthalten sollte. Außerdem forderte die BEL-Präsidentschaft auf, die vorläufige Einigung über die Plattformarbeitsrichtlinie zu achten. MdEP Hilde Vautmans (RN/BEL) sprach für die RN-Fraktion und forderte eine Vertiefung der EU vor der nächsten Erweiterung. Entscheidungen sollten nicht mehr einstimmig getroffen werden. Es müssten eine europäische Armee und ein EU-Außenministerium geschaffen werden, betonte sie. Der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Philippe Lamberts (GRÜNE/BEL) sagte, dass im Kampf gegen den Klimawandel keine Pause gemacht werden dürfe, sondern dieser stattdessen beschleunigt werden müsse. Der Forderung nach einem Regulierungsstopp von Macron und de Croo erteilte er eine Absage. MdEP Geert Bourgeois (ECR/BEL) begrüßte für seine Fraktion den Vorschlag für ein Industrieabkommen und forderte mehr Mittel für Innovation, Sicherheit und den grünen und digitalen Wandel sowie weniger Bürokratie für Unternehmen. MdEP Gerolf Annemans (ID/BEL) sagte, dass die BEL-Präsidentschaft eine schlechte Nachricht sei, da sie bis zu den Europawahlen eine föderalistische Agenda auf europäischer Ebene verfolgen werde. MdEP Marc Botenga (GUE/BEL) warnte vor der Rückkehr zu strengen Haushaltsregeln, die seiner Meinung nach zu weiteren Kürzungen in einer bereits angespannten sozialen Situation führen würden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2024-01-16-ITM-002_DE.html

Transparenz und Rechenschaftspflicht von aus dem EU-Haushalt finanzierten nichtstaatlichen Organisationen

Am 17.01.2024 wurde der Initiativbericht von MdEP Markus Pieper (EVP&DEU) zum Thema „Transparenz und Rechenschaftspflicht von Nichtregierungsorganisationen, die aus dem EU-Haushalt finanziert werden“ mit einer Mehrheit von 397 – 134 – 72 angenommen. MdEP Pieper weist in dem Bericht darauf hin, dass die Analyse des Rahmens für die Ausführung des EU-Haushaltsplans durch nichtstaatliche Organisationen erhebliche Mängel in Bezug auf öffentliche Transparenz und Rechenschaftspflicht aufweist. Da nur die direkt an nichtstaatliche Organisationen vergebenen Mittel der Überwachung und Berichterstattung durch die Kommission unterliegen, sind die Unionsmittel, die in Form einer Untervergabe von Zuschüssen, von Unteraufträgen oder der gemeinsamen Nutzung innerhalb eines Konsortiums neu zugewiesen werden, schwer zurückzuverfolgen und werden nicht auf öffentlichen Websites wie dem Finanztransparenzsystem (FTS) veröffentlicht. Infolgedessen wird die Umsetzung von Kontrollmechanismen, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Unionsmittel wirksam, effizient und im Einklang mit den Zielen, politischen Maßnahmen und Finanzvorschriften der EU eingesetzt werden, erschwert, bzw. kann sogar erfolglos sein. Deshalb müssen die Anforderungen an Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gestärkt werden. Der Bericht fordert, dass vertraglich gebundene EU-Mittel systematisch und einheitlich über Informations- und Transparenzplattformen auf Unionsebene und auf der Ebene der nichtstaatlichen Organisationen in den Mitgliedstaaten bis zum Endbegünstigten zurückverfolgt werden können. Insbesondere sollte das Transparenz-Register der EU die Rückverfolgbarkeit von Finanzierungsquellen, einschließlich EU-Mitteln, ermöglichen und für mehr Transparenz bei registrierten Organisationen sorgen und so dazu beitragen, Fälle wie den Katargate-Skandal zu vermeiden. Darüber hinaus muss demnach die Finanzierung von nichtstaatlichen Organisationen ab der Quelle transparent sein.

Weniger Emissionen von fluorierten Gasen und ozonabbauenden Stoffen

Das EP hat am 16.01.2024 in erster Lesung seine endgültige Zustimmung für neue Maßnahmen zur Minimierung der Emissionen starker Treibhausgase gegeben, die im Einklang mit den Klimazielen der EU und weltweit stehen. Die mit dem Rat erzielte Einigung über die weitere Verringerung der Emissionen fluoriertener Gase sieht einen vollständigen Ausstieg aus den teilfluorierten Fluorkohlenwasserstoffen bis 2050 sowie strenge Auflagen vor, die das Inverkehrbringen von Produkten, die F-Gase enthalten - die derzeit u. a. in Kühlschränken und Klimaanlageanlagen verwendet werden - in der EU verbieten, um die Akzeptanz klimafreundlicherer Lösungen zu fördern (siehe Beiträge unter „Umwelt“).

Verbot von Grünfärberei und irreführender Produktinformation

Am 17.01.2024 nahm das EP mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 593 - 21 - 14 im Rahmen des Berichts von MdEP Biljana Borzan (S&D/KRO) eine Richtlinie an, die die Verbraucherinnen und Verbraucher vor irreführender Werbung schützen und ihnen helfen soll, bessere Kaufentscheidungen zu treffen. Damit das gelingt, werden einige problematische Geschäftspraktiken, die mit Grünfärberei und dem geplanten Verschleiß von Produkten zusammenhängen, in die EU-Liste der unlauteren Geschäftspraktiken aufgenommen (siehe Beitrag unter „Gesundheit und Verbraucherschutz“).

Digitale Musikplattformen: Warnung vor unfairer Situation für Urheber in Europa

In einer am 17.01.2024 im Rahmen des Berichts von MdEP Ibán García del Blanco (S&D/ESP) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 532 - 61 - 33 angenommenen Entschließung fordern die MdEP, das Ungleichgewicht bei der Verteilung der Einnahmen aus dem Musikstreaming-Markt zu beseitigen, da die Mehrheit der Urheber und ausübenden Künstler derzeit nur eine sehr geringe Vergütung erhält. Sie fordern einen neuen EU-Rechtsrahmen für diesen Sektor, für den es derzeit keine EU-Vorschriften gibt, obwohl Streaming-Dienste der wichtigste Weg sind, um an Musik zu gelangen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0020_DE.html

Hetze und Hasskriminalität in Liste der EU-Straftatbestände aufnehmen

Im Rahmen des Berichts von MdEP Maite Pagazaurtundúa (RN/ESP) fordert das EP den Rat auf, entschiedene Maßnahmen gegen Hetze und Hasskriminalität in der EU zu ergreifen. Der Bericht wurde am 18.01.2024 mit einer Mehrheit von 397 - 121 - 26 angenommen (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Chinas Einfluss auf kritische Infrastrukturen in der Europäischen Union

Das EP nahm am 17.01.2024 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 565 – 26 - 31 den Initiativbericht von MdEP Klemen Grošelj (RN/SLO) über die sicherheits- und verteidigungspolitischen Auswirkungen von Chinas Einfluss auf kritische Infrastrukturen in der Europäischen Union an. Wesentliche Aussagen: China verschafft sich zunehmend Zugang zu europäischen Infrastrukturen und Sektoren, die für die Europäische Union von entscheidender Bedeutung sind, und übt Einfluss auf diese aus. Das parteigebundene politische System und die Wirtschaft Chinas verlangen von Privatunternehmen häufig, dass sie ihre geschäftlichen Interessen mit der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) abstimmen, einschließlich ihrer militärischen Aktivitäten, Repression, Einflussnahme und politischen Einmischung. Folglich unterstützen die internationalen Aktivitäten chinesischer Unternehmen die Ziele der

KPC, ihren Einfluss in Drittländern auszuweiten, geopolitische Rivalen zu untergraben und den Einfluss Chinas zu vergrößern. Der Bericht unterstreicht die wiederholten Warnungen der Nachrichtendienste vor den Risiken wirtschaftlicher Abhängigkeit, Spionage und Sabotage, die durch die wirtschaftliche Präsenz von Unternehmen aus bestimmten Nicht-EU-Ländern, insbesondere China, in kritischen Infrastrukturen und strategischen Sektoren in der EU entstehen. Die MdEP sind in diesem Zusammenhang besorgt über den politischen Druck, der bei der Genehmigung spezifischer chinesischer Investitionen in kritische Infrastrukturen ausgeübt wird, wie im Fall der Entscheidung der deutschen Regierung, dem Erwerb einer Beteiligung am Hamburger Hafen durch COSCO zuzustimmen, ausdrücklich gegen den Rat der zuständigen EU-Institutionen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0028_DE.html

Entschließung zur humanitären Lage im Gazastreifen

Am 18.01.2024 hat das EP mit einer Mehrheit von 312 - 131 - 72 eine Entschließung zur humanitären Lage im Gazastreifen angenommen. In der Entschließung bedauerten die MdEP die unschuldigen Opfer auf beiden Seiten. Sie fordern einen dauerhaften Waffenstillstand und dass die Bemühungen um eine politische Lösung wiederaufgenommen werden, sofern alle Geiseln unverzüglich und bedingungslos freigelassen und die Terrororganisation Hamas zerschlagen wird. Sie verurteilen die von der terroristischen Vereinigung Hamas verübten Terroranschläge gegen Israel und verurteilen die militärische Reaktion Israels, die zu einer beispiellosen Zahl ziviler Todesopfer geführt habe. Israel habe das Recht, sich innerhalb der Grenzen des Völkerrechts zu verteidigen, betonen die MdEP.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0051_DE.html

Wirtschaft

Kommission; Maßnahmen gegen unfaire Einfuhren von Schiffbaukomponenten aus der Türkei und China

Am 10.01.2024 hat die Kommission mit der Verordnung (EU) 2024/209 Zölle auf Einfuhren von Wulstflachstahl und Nischenstahlerzeugnisse für den Schiffbau aus der Türkei und China eingeführt. Eine Antidumpinguntersuchung der Kommission ergab, dass die Einfuhren aus der Türkei und China den EU-Wirtschaftszweig ernsthaft schädigen. Daher wurden Abgaben in Höhe von 23% auf die Einfuhren aus China und 13,6% auf die Einfuhren aus der Türkei eingeführt. Mit diesen Maßnahmen sollen die Hersteller von Wulstflachstahl in der EU vor einer Schädigung durch gedumpte Einfuhren aus diesen Ländern geschützt werden.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202400209

Eurostat; Hauspreise im Euroraum um 2,1% gesunken

Laut Schätzungen von Eurostat vom 10.01.2024 sanken die Hauspreise, gemessen durch den Hauspreisindex, im dritten Quartal 2023 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal im Euroraum um 2,1% und in der EU um 1,0%. Gegenüber dem zweiten Quartal 2023 stiegen die Hauspreise im dritten Quartal 2023 im Euroraum um 0,3% und in der EU um 0,8%. Die stärkste negative Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal der Hauspreise wurde im dritten Quartal 2023 in LUX (-13,6%) und DEU (-10,2%) beobachtet.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/18288283/2-10012024-AP-DE.pdf/9bfe6e67-9106-c6c8-638d-1bcf82054050>

Eurostat; Sparquote der privaten Haushalte Euroraum gesunken

Laut Schätzungen von Eurostat vom 11.01.2024 ist die Sparquote der privaten Haushalte im Euroraum im dritten Quartal 2023 auf 14,0% gesunken. Gleichzeitig sank die Investitionsquote der privaten Haushalte im Euroraum im dritten Quartal 2023 von 9,8% auf 9,7%. Zugleich sank die Investitionsquote der privaten Haushalte im Euroraum im dritten Quartal 2023 von 9,8% auf 9,7%. Die Unternehmensgewinnbeteiligung sank im dritten Quartal 2023 im Euroraum von 40,7% auf 40,2%. Der Rückgang der Sparquote der privaten Haushalte im Euroraum erklärt sich aus einem leicht schwächeren Anstieg des verfügbaren Bruttoeinkommens (0,9%) der privaten Haushalte, im Gegensatz zur Konsumquote (1,2%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/18303869/2-11012024-AP-DE.pdf/7d8e55bd-6647-9264-e678-413540e38ae2>

Kommission; Konsultation zur Richtlinie zu aktualisierten Anforderungen an die Ausbildung von medizinischen Berufen

Die Kommission hat am 15.01.2024 eine Konsultation zu Mindestanforderungen der Berufsqualifikationen für bestimmte medizinische Berufe (Krankenpflegepersonal, Apothekerinnen und Apotheker und Zahnärztinnen und Zahnärzte) eröffnet. Fachkräfte aus Mitgliedsstaaten, die die angegebenen Mindestanforderungen erfüllen, können ihre Qualifikationen automatisch anerkennen lassen und ihren Beruf in einem anderen EU-Land ausüben. Die vorgeschlagene Richtlinie soll die Mindestanforderungen an die Ausbildung aktualisieren. Die Frist der Rückmeldung endet am 12.02.2024.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14045-Anerkennung-der-Berufsqualifikationen-von-Krankenpflegepersonal-Apothekern-und-Zahnarzten-aktualisierte-Anforderungen-an-die-Ausbildung_de

EuGH; Generalanwältin empfiehlt Rechtsmittelgründe der Kommission gegen Intel teilweise zurückzuweisen

Generalanwältin Laila Medina hat am 18.01.2024 ihre Schlussanträge in der Rechtsmittelsache C-240/22 P vorgelegt. Hintergrund des Rechtsstreits ist, dass die Kommission am 13.03.2009 Intel eine Geldbuße von 1,06 Mrd. EUR aufgrund der Annahme eines Missbrauchs seiner marktbeherrschenden Stellung verhängt hatte. Mit Urteil vom 12.06.2014 erklärte das EuG die Entscheidung der Kommission teilweise und die Geldbuße vollständig für nichtig mit der Begründung, dass die Kommission nicht beweisen konnte, dass beanstandete Rabatte Konkurrenten tatsächlich rechtswidrig vom Markt verdrängt haben. Gegen die Entscheidung des EuG legte die Kommission Rechtsmittel beim EuGH ein. Der EuGH hob dieses Urteil auf und verwies die Sache zur erneuten Prüfung an das EuG zurück. Die Generalanwältin schlägt dem EuGH vor, zwei von sechs Rechtsmittelgründen der Kommission gegen das Urteil des EuG zurückzuweisen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die in diesem Zusammenhang von der Kommission vorgebrachte Argumente teilweise nicht dazu geeignet seien, das Urteil des EuG vom 26.01.2022 infrage zu stellen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-01/cp240013en.pdf>

Kommission; Veröffentlichung der „SAFE-Survey“ für das Jahr 2023

Am 18.01.2024 hat die Kommission die Ergebnisse der jährlichen Umfrage „Survey on the access to finance on enterprise“ (SAFE) über den Zugang von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) zu Finanzmitteln für das Jahr 2023 veröffentlicht. Die Ergebnisse liefern Erkenntnisse über Unternehmen, die aufgrund des allgemeinen konjunkturellen Abschwungs im vergangenen Jahr mit engeren Finanzierungsbedingungen konfrontiert sind. Insbesondere zeigt die SAFE-Umfrage 2023, dass fast acht von zehn Unternehmen höhere Zinsen verzeichneten. Mehr als

ein Drittel der Unternehmen haben Pläne, in den nächsten zwei bis drei Jahren zu wachsen. Die Unternehmen sehen Zinssätze oder Preise als die wichtigste Beschränkung für den künftigen Zugang zu Finanzmitteln an. Darüber hinaus meldeten acht von zehn Unternehmen erhöhte Material- und Energiekosten, wenn auch niedriger als im Vorjahr, während auch KMU höhere Arbeitskosten meldeten. Insgesamt nahmen 15.000 europäische Unternehmen am Survey Teil, davon 91% KMU.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/safe-survey-continues-find-european-businesses-are-affected-tighter-financing-conditions-and-2024-01-18_en

Kommission: Start des „KMU-Fonds“ 2024 zum Schutz von immateriellen Vermögenswerten

Die Kommission hat am 22.01.2024 einen überarbeiteten Fonds aufgelegt, der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) finanzielle Unterstützung für zusätzliche Dienstleistungen zur Verwaltung und zum Schutz ihrer Rechte an geistigem Eigentum bietet. Der „KMU-Fonds“ ist eine Finanzhilferegulierung, die KMU beim Schutz ihrer Rechte an geistigem Eigentum, einschließlich Patenten, Marken, gewerblichen Mustern und neuen Pflanzensorten durch finanzielle Unterstützung helfen soll. Die Überarbeitung sieht vor, dass im Jahr 2024 der „KMU-Fonds“ zusätzlich zu diesen Dienstleistungen auch teilweise die Vertretungskosten von Anwälten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Einreichung europäischer Patentanmeldungen, einschließlich einheitlicher Patente, erstattet werden. Darüber hinaus wird der „KMU-Fonds“ im Rahmen des bevorstehenden EU-Instrumentariums zur Bekämpfung von Fälschungen auch Rechtsberatung im Bereich der Durchsetzung finanzieren, um KMU dabei zu helfen, Verletzungen des geistigen Eigentums besser zu bekämpfen.

https://single-market-economy.ec.europa.eu/news/commission-launches-2024-sme-fund-protect-small-and-medium-sized-enterprises-intangible-assets-2024-01-22_en

Kommission; Verordnungsvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen

Die Kommission hat am 24.01.2024 in ihrem Paket zur wirtschaftlichen Sicherheit, einen Verordnungsvorschlag zur Überprüfung von ausländischen Investitionen in die EU vorgelegt. Hintergrund dieses Legislativvorschlags ist, dass die Kommission mehr als 1200 ausländische Direktinvestitionen (ADI) untersuchte, die in den letzten drei Jahren von den Mitgliedstaaten im Rahmen der geltenden Verordnung (EU) 2019/452 über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen gemeldet wurden. Aufbauend auf den gesammelten Erfahrungen will die Kommission mit ihrem Vorschlag bestehende Mängel beheben und die Effizienz des Systems steigern. Alle Mitgliedstaaten (MS) sollen über einen Überprüfungsmechanismus mit stärker harmonisierten nationalen Vorschriften verfügen und ein sektoraler Mindestanwendungsbereich festgelegt werden. Die Überprüfungen sollen auf Investitionen ausgeweitet werden, die zwar von Investoren in der EU getätigt werden, letztlich aber von Einzelpersonen oder Unternehmen aus einem Drittland kontrolliert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_363

Kommission; Weißbuch für eine bessere Bewertung von Investitionen in Drittstaaten

Die Kommission hat am 24.01.2024 im Rahmen des Pakets zur wirtschaftlichen Sicherheit ein Weißbuch über die Bewertung von Investitionen in Drittstaaten vorgelegt. Darin wird vorgeschlagen, Schritt für Schritt Investitionen zu analysieren, um und die damit verbundenen potenziellen Risiken verstehen zu können. Im Zuge

dieser Analyse sind eine dreimonatige Konsultation der Interessenträger und auf nationaler Ebene die Überwachung von Investitionen in Drittstaaten während eines Zeitraums von 12 Monaten sowie eine Bewertung, die in einen gemeinsamen Risikobewertungsbericht einfließen wird, vorgesehen. Die Kommission will auf der Grundlage der Ergebnisse der Risikobewertung gemeinsam mit den Mitgliedstaaten festlegen, ob eine politische Reaktion gerechtfertigt ist und in welcher Form sie erfolgen sollte.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_363

Rat; Informelle Ministertagung Handel

Am 23.01.2024 haben die zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten für Handel an einer informellen Ministertagung teilgenommen. Sie sprachen über die Vorbereitung auf die 13. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am 26/29.02.2024 in Abu Dhabi. Zudem informierte Valdis Dombrovskis, Kommissar für Handel über Prioritäten der EU und mögliche Ergebnisse der WTO Ministerkonferenz. Zudem diskutierten die Ministerinnen und Minister über die konkrete Erfordernisse für die grüne und digitale Transformation sowie über die wichtigsten Herausforderungen und Risiken für die offene strategische Strategie der EU. Abgeschlossen wurde die Ministertagung mit einem Bericht von MdEP Bernd Lange (S&D/DEU), dem Vorsitzenden des Ausschusses Internationaler Handel des EP, über die laufenden Handelsdossiers.

<https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/de/veranstaltungen/informelles-treffen-der-fuer-handel-zustaendigen-ministerinnen-und-minister-22-231/>

V e r k e h r

Kommission; Untersuchung der geplanten Übernahme von Air Europa durch IAG

Am 24.01.2024 hat die Kommission eine eingehende Prüfung eingeleitet, um die geplante Übernahme der alleinigen Kontrolle über Air Europa Holding, S.L. (Air Europa) durch International Consolidated Airlines Group, S.A. (IAG) zu untersuchen. Die Kommission befürchtet, dass der Zusammenschluss den Wettbewerb auf dem Markt für Passagierluftverkehrsdienste auf mehreren Inlands-, Kurz- und Langstrecken verringern könnte. Insbesondere Inlandsstrecken sowie Kurz- und Langstrecken von und nach ESP seien von dem Zusammenschluss negativ betroffen. Daher soll bei der Untersuchung vor allem die Auswirkung des Zusammenschlusses auf den ESP Luftverkehr betrachtet werden. Das Vorhaben wurde am 11.12.2023 bei der Kommission zur Genehmigung angemeldet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_352

E n e r g i e

Kommission; EU-Datenbank für Biokraftstoffe in Betrieb genommen

Seit dem 15.01.2024 ist die von der Kommission eingerichtete Unionsdatenbank für Biokraftstoffe (UDB) für die Online-Registrierung von Transaktionen mit flüssigen, erneuerbaren und rezyklierten Kohlenstoffkraftstoffen durch die betreffenden Wirtschaftsakteure geöffnet. Ziel der Datenbank ist es, die Rückverfolgbarkeit von Biokraftstoffen zu verbessern, Doppelzählungen zu vermeiden und Betrugsbedenken auszuräumen. Die Datenbank selbst ist ein globales Rückverfolgungsinstrument, mit

dem erneuerbare und rezyklierte Kohlenstoffkraftstoffe und die zu ihrer Herstellung verwendeten Rohstoffe vom Ursprungsort bis zum Endverbraucher verfolgt werden können.

https://energy.ec.europa.eu/news/eu-database-biofuels-becomes-operational-2024-01-15_en?prefLang=de

Digital

EuGH; Eintragungspflicht in das Register von Kommunikationsdiensten in ITL

Generalanwalt Maciej Szpunar (POL) hat am 11.01.2024 seine Schlussanträge in mehreren verbundenen Rechtssachen verlesen (C-662/22 Airbnb Ireland, C-663/22 Expedia Inc., C-664/22 Google Ireland Limited, C-665/22 Amazon Services Europe, C-666/22 Eg Vacation Rentals Ireland, C-667/22 Amazon Services Europe), deren Ausgangspunkt der Beschluss der ITL Regulierungs- und Aufsichtsbehörde für das Kommunikationswesen (AGCOM) vom 17.06.2021 ist, die Verpflichtung zur Eintragung in das Register der Kommunikationsdienstleister (ROC) in ITL auf Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten und Anbieter von Online-Suchmaschinen auszudehnen. Diese Ausweitung führt für betroffene Anbieter zu zusätzlichem administrativem und finanziellem Aufwand. Vier Anbieter von Online-Diensten (Airbnb Ireland, Amazon Services Europe, Google Ireland und Eg Vacation Rentals Ireland) hatten vor dem Verwaltungsgericht Lazio in ITL Klage gegen ihre Verpflichtung zur Registrierung beim ROC erhoben. Das dortige Verwaltungsgericht hatte ein Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH gestellt. In seinen Schlussanträgen vertritt der Generalanwalt die Ansicht, dass ein Mitgliedstaat einem Anbieter von Online-Diensten, der in seinem Hoheitsgebiet tätig, aber in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist, keine generellen und abstrakten Verpflichtungen auferlegen darf.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-01/cp240005de.pdf>

EuGH; Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Google

Generalwältin Juliane Kokott (DEU) hat am 11.01.2024 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-48/22 P Google LLC sowie Alphabet Inc. gegen die Kommission verlesen. Darin schlägt die Generalwältin dem Gerichtshof vor, die gegen Google wegen Bevorzugung des eigenen Preisvergleichsdienstes verhängte Geldbuße zu bestätigen. Ausgangspunkt ist die Entscheidung der Kommission vom 27.06.2017, gegen Google eine Geldbuße in Höhe von 2,42 Mrd. EUR zu verhängen, weil es seine marktbeherrschende Stellung als Suchmaschinenbetreiber missbraucht habe, indem es einem anderen Google-Produkt - seinem Preisvergleichsdienst - einen unzulässigen Vorteil verschaffte. Google und Alphabet als Alleingesellschafterinnen hatten gegen diese Entscheidung vor dem EuG geklagt. Das EuG hatte diese Klage im Wesentlichen 2021 abgewiesen und die gegen Google verhängte Geldbuße bestätigt. Google hatte gegen diese Entscheidung 2022 Rechtsmittel beim EuGH eingelegt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-01/cp240004de.pdf>

Kommission; Stellungnahmen zu NFC-Verpflichtungsangeboten von Apple

Im Untersuchungsverfahren der Kommission zu wettbewerbsrechtlichen Bedenken gegenüber Apple im Hinblick auf Beschränkungen des Zugangs zur Technologie für kontaktlose Zahlungen mit Mobilgeräten in Ladengeschäften (NFC - Near Field Communication) hat die Kommission am 19.01.2024 betroffene Marktteilnehmer gebeten, Stellungnahmen zu den Verpflichtungen abzugeben, die Apple angeboten

hat, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken auszuräumen. Die Verpflichtungen von Apple sehen unter anderem vor, Drittanbietern von mobilen Geldbörsen und mobilen Zahlungsdiensten über verschiedene Programmierschnittstellen („APIs“) kostenlos Zugang zur NFC-Funktion auf iOS-Geräten zu ermöglichen, künftig faire, objektive, transparente und diskriminierungsfreie Kriterien für die Gewährung des NFC-Zugangs für Drittentwickler von Apps für mobile Geldbörsen anzuwenden sowie einen Streitbeilegungsmechanismus einzurichten. Die Verpflichtungen sollen für zehn Jahre gelten und von einem Treuhänder überwacht werden. Dieser soll der Kommission regelmäßig berichten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_282

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; Förderung Pilotstädte; Mission Städte

Am 16.01.2024 hat die Kommission einen neuen Fördercall in der Mission „Klimaneutrale Städte“ (Mission Cities) im Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa im Rahmen der Initiative „Net Zero Cities“ veröffentlicht. Diese anwendungsorientierte Mission bietet Städten Unterstützung auf ihrem Weg hin zum Erreichen der Klimaneutralität. Bei den Missionen handelt es sich seit 2021 um ein relativ neues interdisziplinäres Förderinstrument in der Forschungspolitik, mit dem Ziel, die lokale Ebene unter Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. In dieser Förderrunde können nur Stadtverwaltungen, die als Teil der EU-Mission bereits ausgewählt wurden und noch nicht Pilotstädte sind, Anträge auf Förderung stellen. Ziel der Förderrunde ist es, aus den rund 100 Missionsstädten just den engeren Kreis an Kommunen auszuwählen, die Wege für einen „beschleunigten Wandel“ hin zu den Klimaneutralitätszielen für 2030 erforschen und dahingehend testen, welche die wichtigsten Emissionsbereiche einer Stadt sind. Ziel ist ein beschleunigter Lernprozess der als Grundlage für die anschließende Replikation und Skalierung in allen anderen EU-Städten dienen kann. Eine Gruppe verschiedener Missionsstädte (national oder länderübergreifend) kann sich gemeinsam in einem Konsortium bewerben, wobei eine der Städte für alle administrativen Zwecke als Konsortialführerin benannt werden muss. Die Ausschreibung ist mit 26 Mio. EUR ausgestattet. Anträge werden bis zum 18.04.2024 entgegengenommen. Auf der Webseite der Kommission werden auch Informationsseminare zu dieser Ausschreibung ab dem 23.01.2024 angeboten.

<https://netzerocities.eu/2024/01/16/netzerocities-call-for-pilot-cities-cohort-3-is-now-open/#>

Kommission; Forschungsrat; ERC-Förderungen; Proof-of-Concept-Grants

Am 18.01.2024 hat der Europäische Forschungsrat (ERC), eine Agentur der Kommission, die neuen geförderten Forschenden bekannt gegeben, die mit der Förderlinie Proof of Concept (PoC) unterstützt werden. Der PoC ist eine ERC-Anschlussförderung, die zusätzlich zu den Hauptförderlinien des ERC (Starting, Consolidator, Advanced und Synergy Grant) auf Antrag wettbewerblich vergeben wird. Sie richtet sich somit ausschließlich an Forschende, die bereits einen ERC-Grant erhalten haben und ein Forschungsergebnis aus ihrem laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekt über die Forschung hinaus weiter in Richtung Marktreife entwickeln möchten. Jeder ERC-PoC-Fördergrant ist mit 150.000 EUR ausgestattet. Insgesamt wurden in dieser Ausschreibungsrunde rund 36 Mio. EUR vergeben. Auch in dieser Förderrunde waren hessische Forschende erfolgreich: Prof. Dr. Sascha Preu, Technische Universität Darmstadt, aus dem Fachbereich Elektrotechnik/ IKT, wird für

das Projekt „Photonic Vector Network Analyzers“ gefördert. Auch Dr. Martin Beck, tätig am Max-Planck-Institut für Biophysik, wird mit dem Proof of Concept unterstützt (für sein Projekt „Membrane Micro-Compartments“).

<https://erc.europa.eu/news-events/news/Proof-of-Concept-Grants-2023>

Kommission; Horizont Europa; Förderung Projekte in der Energieforschung;

Die Kommission hat am 11.01.2024 bekannt gegeben, dass sie in der letzten Förderrunde rund 172 Mio. EUR zur Unterstützung von 13 Forschungs- und Innovationsprojekten bewilligt hat, die direkt zur Energieunabhängigkeit der EU beitragen sollen. Die Projekte werden durch das Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa vollfinanziert. Die Projekte konzentrieren sich auf die Ziele der EU-Strategie „REPowerEU“, um die Energieversorgung bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Einfuhr russischer fossiler Brennstoffe sicherzustellen. 13 Projekte werden in dieser Förderrunde unterstützt. Die Kommission hob die Einrichtung zweier sog. „Renewable Energy Valleys“ hervor, die für eine Erhöhung der Energieversorgungssicherheit bei gleichzeitiger Beschleunigung des grünen Übergangs in Europa sorgen sollen und mit einem EU-Beitrag von rund je 39,5 Mio. EUR unterstützt werden. Zudem sind drei Projekte zur Demonstration innovativer, Wärme- und Kältespeichertechnologien zur Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit vorgesehen. Auch wird die Kommission innovative Projekte in den Bereichen wasserstoffbetriebener Luftverkehr und Transport auf dem Wasser finanzieren. Darüber hinaus werden Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und Gebäudeeffizienz unterstützt. Im Bereich der Energieeffizienz profitieren Organisationen aus insgesamt 17 Mitgliedstaaten von der Horizon-Projektförderung.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/commission-invests-eu172-million-research-and-innovation-projects-support-eu-energy-independence-2024-01-11_en

Kommission; Forschung; Europäischer Forschungsraum; EFR; Online-Portal

Am 22.01.2024 hat die Kommission ein neues Online-Portal für den Europäischen Forschungsraum (EFR) ins Leben gerufen. Die Kommission stellt mit der Webseite eine zentrale Anlaufstelle zur Verfügung, die einen umfassenden Überblick über die aktuellen Aktivitäten und politischen Maßnahmen des EFR bietet. Der EFR ist seit dem Jahr 2000 eine politische Initiative auf europäischer Ebene, auf Basis derer die EU mit allen Mitgliedstaaten und Interessensvertretern gemeinsam zusammenarbeitet, um einen grenzenlosen Markt für Forschung, Innovation und Technologie zu schaffen. Das neue Online-Portal bietet einen Überblick über alle Handlungsstränge des EFR und soll diesen vorantreiben und als zentrale Plattform für die Kommunikation zwischen allen Akteuren, die an der Weiterentwicklung der EFR-Ziele interessiert sind, dienen. Das Portal soll laufend aktualisiert werden.

<https://european-research-area.ec.europa.eu/>

Kommission; Forschung; Forschungssicherheit; Ratsempfehlung

Die Kommission hat am 24.01.2024 im Rahmen ihres Pakets zur wirtschaftlichen Sicherheit auch eine Maßnahme zur Unterstützung des Bereichs Forschung und Innovation (F&I) in der EU vorgelegt. Die Kommission erklärt in ihrer Mitteilung, dass angesichts der geopolitischen Bedrohungen internationale Kooperation in der Forschung von Dritten zum Nachteil der EU ausgenutzt werden kann. So könnten etwa F&I-Ergebnisse europäischer Akteure in Drittländern für militärische Zwecke genutzt werden. Daher hat die Kommission einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung unterbreitet, um Orientierung für Mitgliedstaaten (MS) und F&I-Akteure zu schaffen. Erklärtes Ziel der Kommission ist es, die Risiken für die Sicherheit der Forschung zu mindern. Durch die Initiative möchte die Kommission für alle 27 MS einen

gesamtstaatlichen Rahmen für die Sicherheit der Forschung schaffen, der Unterstützungsstrukturen schafft und Schutzmaßnahmen bietet. Förderorganisationen und Hochschulen in der EU werden im Entwurf aufgefordert, Sicherheitsberater zu ernennen und Risikomanagementverfahren einzuführen. Dies soll im Rahmen der bestehenden Kompetenzen und der Selbstverwaltung bestehen. Auf EU-Ebene möchte die Kommission flankierend ein Europäisches Kompetenzzentrum für Forschungssicherheit einrichten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_24_363

Kommission; Forschung; Forschungssicherheit; Dual-Use-Technologien

Die Kommission hat am 24.01.2024 im Rahmen des Pakets zur wirtschaftlichen Sicherheit auch ein Weißbuch zum Thema Technologien mit Dual-Use-Potenzial vorgelegt (d.h. Technologien sowohl zivilen als auch militärischen Potenzials). Das künftige Konzept für den Bereich Dual-Use ist v.a. auch mit Blick auf künftige EU-geförderte Forschungsprojekte relevant. In dem Weißbuch werden verschiedene Optionen zur Weiterentwicklung des Dual-Use-Konzepts erörtert. Für die Kommission kommt aktuell die Aufhebung des ausschließlichen Schwerpunkts auf zivile Anwendungen in bestimmten Teilen des künftigen Forschungsrahmen-programms ab 2028 (dem Nachfolgeprogramm von Horizont Europa) in Betracht. Auch die Schaffung eines neuen speziellen Instruments mit Schwerpunkt auf Forschung mit Dual-Use-Potenzial ist für die Kommission denkbar. Ziel ist es, noch vor der Europawahl die politische und öffentliche Diskussion zu dieser Thematik zu intensivieren. Daher hat die Kommission auch am 24.01.2024 eine entsprechende öffentliche Konsultation lanciert, welche Meinungen von Interessensträgern zu diesen Optionen einholen soll, die bis zum 30.04.2024 eingereicht werden können.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/system/files/2024-01/ec_rtd_white-paper-dual-use-potential.pdf

Finanzdienstleistungen

RAT; EP; Einigung auf Geldwäschepaket

Rat und EP haben sich am 18.01.2024 im Trilog auf Kompromisse zur Geldwäscheverordnung und zur sechsten Geldwäscherichtlinie geeinigt. Mit den neuen Vorschriften sollen unionsweite Anforderungen an den Privatsektor festgelegt werden, um ein einheitliches Kontrollniveau im gesamten Binnenmarkt zu gewährleisten. Kernbestandteil des Pakets ist eine EU-weite Obergrenze von 10.000 EUR für Barzahlungen. Außerdem sollen die Aufgaben und Befugnisse der nationalen Aufsichtsbehörden und zentralen Meldestellen harmonisiert werden, um eine wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus sehen die neuen Regelungen stärkere Befugnisse für Register wirtschaftlichen Eigentums vor. Zudem sollen die Vorschriften für den Zugang zu diesen Informationen harmonisiert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/18/anti-money-laundering-council-and-parliament-strike-deal-on-stricter-rules/>

Finanzen

Rat; Eurogruppe und ECOFIN-Rat

Der Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat) hat sich in seiner Sitzung vom 16.01.2024 mit dem Arbeitsprogramm der BEL-Ratspräsidentschaft im Bereich Wirtschaft und Finanzen befasst. Prioritäten sind die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung, die Banken- und Kapitalmarktunion sowie die weitere Unterstützung der Ukraine. Zudem verabschiedete der Rat im Rahmen des Europäischen Semesters 2024 Schlussfolgerungen zum Warnmechanismus-Bericht, zum Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum sowie die Empfehlung der Kommission zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets. Auf der Agenda des ECOFIN-Rates standen u.a. auch die völkerrechtswidrige Aggression Russlands gegen die Ukraine und die Vorbereitung des G20-Treffens in São Paulo (Brasilien) Ende Februar 2024. Am 15.01.2024 war bereits die Eurogruppe zusammengetreten. Neben dem Europäischen Semester und dem Arbeitsprogramm der BEL Ratspräsidentschaft beriet sie sich u.a. mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds zu dessen Artikel-IV-Überprüfung des Euro-Währungsgebiets.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2024/01/16/>

Soziales

Kommission; EU-Preis für barrierefreie Stadt verliehen

Die Kommission hat am 10.01.2024 eine Mitteilung zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 vorgelegt. Gegenstand sind die Lehren, welche die Kommission aus dem Jahr für die zukünftige Politikgestaltung ziehen möchte. Im Zentrum steht dabei der sogenannte „Jugendcheck“ als Äquivalent zu einer Folgenabschätzung aus jugendpolitischer Perspektive die horizontal in allen Politikbereichen angewandt werden soll. Als zentrale Themen, bei der die Anliegen der Jugend besonders ins Gewicht fallen sollen, benennt die Kommission hierbei: Gesundheit und Wohlergehen, Umwelt und Klimawandel, allgemeine und berufliche Bildung, internationale Zusammenarbeit und europäische Werte sowie Beschäftigung und Inklusion. Einen Auftakt stellt die Europäische Jugendwoche 2024 dar, die vom 12.-19.04.2024 durchgeführt wird. Zwei Monate vor den Europawahlen werden dabei die demokratische Teilhabe und Wahlen im Mittelpunkt stehen. Eine Reihe von Veranstaltungen in ganz Europa sollen in diesem Rahmen das Engagement, die Beteiligung und die aktive Bürgerschaft der Jugend würdigen und fördern.

https://youth.europa.eu/year-of-youth/legacy_de

Kommission; Vorschlag zur Stärkung Europäischer Betriebsräte unterbreitet

Die Kommission hat am 24.01.2024 ihren Vorschlag für die Überarbeitung der Europäischen Betriebsräte (EBR) unterbreitet. Mit dem EBR sollen Arbeitskräfte bei international operierenden Unternehmen bei staatsübergreifenden Entscheidungen beteiligt werden. Ziel der Kommission ist es, diese Beteiligung zu stärken. Nach Zahlen der Kommission existieren bisher 1000 EBR, die die Interessen von fast 11,3 Mio. europäischen Beschäftigten vertreten. Wesentliches Ziel des Kommissionsvorschlages ist es, Ausnahmen zur Gründung von EBR zu streichen, die Konsultation von Beschäftigten multinationaler Unternehmen zu stärken, die Ressourcen der EBR zu gewährleisten und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis innerhalb der EBR anzustreben.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=27290&langId=en>

EP; Annahme der Einigung zum Verbot von Grünfärberei und irreführender Produktinformation

Das EP hat am 17.01.2024 die mit dem Rat erzielte Einigung über den Vorschlag für eine Richtlinie hinsichtlich der Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher für den ökologischen Wandel verabschiedet. Dies betrifft insbesondere einen besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und bessere Informationen. Allgemeine Umweltaussagen wie „umweltfreundlich“, „natürlich“, „biologisch abbaubar“, „klimaneutral“ oder „öko“ werden verboten, sofern diese nicht nachgewiesen werden können. Reguliert wird künftig auch die Verwendung von Nachhaltigkeitssiegeln. Nur noch auf anerkannten Zertifizierungssystemen beruhende oder von staatlichen Stellen eingeführte Nachhaltigkeitssiegel werden erlaubt. Verboten werden auch unbegründete Aussagen zur Haltbarkeit.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0018_DE.html

EP; Bericht zu Nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben über Lebensmittel

Das EP hat am 18.01.2024 eine Entschließung zur Durchführung der Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben (Health-Claims) auf Lebensmitteln verabschiedet. Das Hauptziel der Health-Claims-Verordnung besteht darin, sicherzustellen, dass sich Angaben über Lebensmittel auf allgemein anerkannte wissenschaftliche Nachweise stützen und verständlich sind. In der Praxis würden sowohl beim Online- als auch beim Offline-Verkauf von Lebensmitteln immer noch irreführende Angaben gemacht. Das EP fordert die Kommission deshalb auf, die Möglichkeit zur Verwendung der zulässigen nährwertbezogenen Angabe „Ohne Zuckerzusatz“ bei Produkten einzuschränken, die Süßstoffe oder einen hohen Anteil an freien Zuckern enthalten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0040_DE.html

Kommission; Konsultation zu Mustern für Hinweise zum Produktrückruf

Die Kommission hat am 22.01.2024 eine Befragung geöffnet, die den Entwurf einer Durchführungsverordnung über ein Muster für Hinweise zum Rückruf zur Produktsicherheit zur öffentlichen Konsultation stellt. Nach der neuen Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit sind Informationen über einen Produktsicherheitsrückruf, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern schriftlich übermittelt werden, in Form einer Rückrufanzeige bereitzustellen. In dieser Initiative wird das Muster für Rückrufanzeigen festgelegt, in dem aufgelistet ist, welche Informationen erforderlich sind. Das Muster wird es den Unternehmen erleichtern, Rückrufanzeigen zu erstellen, die betreffenden Verbraucherinnen und Verbraucher zu ermitteln und ordnungsgemäß über Produktrückrufe zu informieren. Die Konsultation wird bis zum 19.02.2024 laufen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13989-Hinweise-zum-Ruckruf-zur-Produkt-sicherheit-Muster-de>

Kommission; Vorschlag zur Versorgungssicherheit bei In-vitro-Diagnostik

Die Kommission hat am 23.01.2024 einen Vorschlag zur Verbesserung der Verfügbarkeit von In-vitro-Diagnostika vorgelegt. Mit diesem strebt die Kommission an, den Unternehmen mehr Zeit für die Anwendung der Verordnung über In-vitro-Diagnostika (IVD-VO) einzuräumen. Die Verordnung gilt seit Mai 2022 und soll den EU-Rahmen für diese Produkte modernisieren und verbessern, um ihre Sicherheit für Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. In-vitro-Diagnostika (IVD) sind Tests, bei denen anhand biologischer Proben der Gesundheitszustand einer Person bestimmt

wird, u.a. HIV-, Schwangerschafts- oder COVID-19-Tests. Wie bei der Umsetzung der EU-Medizinprodukteverordnung stehen die Unternehmen vor der großen Herausforderung, auch bestehende Produkte entsprechend der neuen Anforderungen zu zertifizieren. Um die Verfügbarkeit zu gewährleisten, schlägt die Kommission vor, die Fristen zur Anwendung der neuen Vorschriften entsprechend vom 26.05.2025 auf 26.05.2027 mindestens um zwei und um bis zu vier Jahre zu verlängern. Folgende Verlängerung sieht der Vorschlag vor: Produkte mit hohem Risiko für Einzelpersonen und die öffentliche Gesundheit wie HIV- oder Hepatitis-Tests (Klasse D) erhalten eine Übergangszeit bis Dezember 2027. Produkte mit hohem Risiko für Einzelpersonen und moderatem Risiko für die öffentliche Gesundheit wie Krebs-Tests (Klasse C) erhalten laut dem Vorschlag eine Übergangszeit bis Dezember 2028. Produkte mit geringerem Risiko (Klasse B, wie etwa Schwangerschaftstests, und sterile Produkte der Klasse A wie Blutentnahmeröhrchen) erhalten eine Übergangsfrist bis Dezember 2029.

https://health.ec.europa.eu/document/download/bcde7f36-b2fe-4d5f-989a-6daa80538b79_en?filename=mdr_in-vitro-proposal.pdf

EuGH; Urteil zu Ausgleichszahlungen bei Flugverspätung

Der EuGH urteilte am 25.01.2024 in der Rechtssache C-474/22, dass kein Anspruch auf eine pauschale Ausgleichszahlung besteht, wenn sich der Fluggast eines mit großer Verspätung angekommenen Fluges nicht zum Flugsteig begeben hat oder wenn ihm der Kauf eines Flugscheins für einen Ersatzflug ermöglicht wurde, den Zielort mit weniger als drei Stunden Verspätung zu erreichen. Der Schaden des Zeitverlusts könne unter diesen Umständen nicht festgestellt werden. Geklagt hatten die Rechtshilfegesellschaft flightright, an die ein Fluggast seine Ansprüche abgetreten hatte, und ein zweiter Fluggast gegen Laudamotion, um die pauschale Ausgleichszahlung in Höhe von 250 Euro zu erhalten, auf die jeder Fluggast nach der geltenden Fluggastrechteverordnung bei einer Verspätung eines Fluges von drei Stunden oder mehr gegenüber der planmäßigen Ankunftszeit grundsätzlich Anspruch hat. Beide Fluggäste hatten Alternativflüge angetreten, nachdem für ihre eigentlich gebuchten Flüge eine Verspätung von mehr als drei Stunden angekündigt war.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-01/cp240016de.pdf>

U m w e l t

Kommission; Ernennung Valencias zur Grünen Hauptstadt Europas 2024

Am 11.01.2024 wurde Valencia offiziell zur Grünen Hauptstadt Europas für das Jahr 2024 ernannt. Ziel der Initiative ist es, das Bewusstsein für die dreifache Krise aus Umweltverschmutzung, dem Verlust der biologischen Vielfalt und dem Klimawandel zu schärfen und die Menschen zu befähigen, Lösungsansätze zu finden. Dazu sind über 400 Veranstaltungen für Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger Valencias geplant. Die Stadt will in diesem Rahmen gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen gemeinsam angehen, um ihre Klimaneutralitäts- und Umweltziele gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. Am 12.01.2024 wurden außerdem die ersten Auszeichnungen der EU-Mission für zehn klimaneutrale und intelligente Städte (Cities Mission) verliehen, neben Valencia auch an vier weitere spanische Städte und Mannheim als deutsche ausgezeichnete Stadt. Die Auszeichnung soll künftig den Zugang zu öffentlichen und privaten Mitteln zur Erreichung von Klimazielen erleichtern. Die Kommission hat den Preis für die Grüne Hauptstadt Europas im Jahr 2010 ins Leben gerufen, um Städte zu ermutigen, grüner und sauberer zu werden und die Lebensqualität zu verbessern.

https://environment.ec.europa.eu/news/valencia-kicks-2024-new-european-green-capital-2024-01-11_en?prefLang=de

EP; Annahme der Einigung zur Verringerung der Emissionen von fluorierten Gasen

Das EP hat am 16.01.2024 die mit dem Rat erzielte Einigung über den Vorschlag für die Überarbeitung der Verordnung über fluorierte Treibhausgase verabschiedet. Die Einigung sieht einen vollständigen Ausstieg aus den teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (HFKW) bis 2050 vor, einschließlich eines Zeitplans zur Reduzierung der EU-Verbrauchsquote zwischen 2024 und 2049. Zusätzlich werden strikte Vorgaben eingeführt, die den Verkauf von Produkten, die F-Gase enthalten, in der EU verbieten. Ferner werden konkrete Fristen für den Ausstieg aus der Nutzung von F-Gasen in jenen Branchen festgesetzt, in denen eine Umstellung auf Alternativen technologisch und wirtschaftlich machbar ist, wie z. B. bei Haushaltskühlgeräten, Klimaanlageanlagen und Wärmepumpen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0002_DE.html

EP; Annahme der Einigung zur Senkung der Emissionen von ozonabbauenden Stoffen

Das EU-Parlament hat am 16.01.2024 die mit dem Rat erzielte Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht (ODS) führen, verabschiedet. Mit dem Gesetz werden Anforderungen zur Rückgewinnung und zum Recycling solcher Stoffe in Baumaterialien bei Renovierungen eingeführt – insbesondere in Isolierschäumen –, welche die Hauptquelle der verbleibenden ODS-Emissionen in der EU darstellen. Außerdem werden strenge Ausnahmeregelungen für die Verwendung dieser Stoffe als Ausgangsmaterial (zur Herstellung anderer Stoffe, z. B. in der pharmazeutischen oder chemischen Industrie), als Verarbeitungshilfsstoffe, in Labors und zum Brandschutz eingeführt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0001_DE.html

Rat; EP; Einigung zu CO₂-Emissionsgrenzwerten für schwere Nutzfahrzeuge

Am 18.01.2024 haben die Verhandlungsführer von Rat und EP eine vorläufige Einigung zur Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für Lkws und Busse erreicht. Für alle neuen schweren Nutzfahrzeuge mit zertifizierten CO₂-Emissionen – darunter auch kleinere Lastkraftwagen, Stadtbusse, Reisebusse und Anhänger – sollen Emissionsreduktionsziele gelten. Im Einklang mit den Klimazielen der EU für 2030 und darüber hinaus haben der Rat und das Parlament die von der Kommission in ihrem Vorschlag festgelegten Zielvorgaben für 2030 (45%), 2035 (65%) und 2040 (90%) beibehalten, zusätzlich zu dem bereits in den gelten Rechtsvorschriften vorgesehenen Reduktionsziel von 15% für 2025. Diese Zielvorgaben sollen für schwere Lastkraftwagen über 7,5 t und Reisebusse gelten. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird eine Zielvorgabe von 100% emissionsfreien Stadtbussen bis 2035 eingeführt, wobei bis 2030 ein Zwischenziel von 90% für diese Klasse festgelegt wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/18/heavy-duty-vehicles-council-and-parliament-reach-a-deal-to-lower-co2-emissions-from-trucks-buses-and-trailers/>

EuGH; Schlussanträge zum Schutz der Wölfe nach der Habitatrichtlinie

Generalanwältin Tamara Čapeta legte am 18.01.2024 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-601/22 zur Auslegung der Habitatrichtlinie in Bezug auf den Schutz des Wolfes vor. Sie ist der Auffassung, dass Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie dahingehend auszulegen ist, dass die Beurteilung, ob der Erhaltungszustand einer Art günstig ist und ob Ausnahmemaßnahmen negative Auswirkungen auf die Möglichkeit haben,

einen günstigen Erhaltungszustand zu erreichen oder aufrechtzuerhalten, bezogen auf das lokale und nationale Gebiet vorzunehmen ist, selbst wenn das natürliche Verbreitungsgebiet der in Rede stehenden Population eine größere grenzüberschreitende biogeografische Region umfasst. Verfügten die Behörden jedoch über Daten, aus denen sie schließen können, dass die beabsichtigte Maßnahme den Erhaltungszustand der Teilpopulation in einem anderen Land oder allgemein zu verschlechtern droht, selbst wenn sie für den lokalen Erhaltungszustand neutral wäre, dürfen sie solche Daten nicht außer Acht lassen, sondern müssen diese Daten berücksichtigen und die Ausnahmemassnahme ablehnen. Hintergrund ist, dass am 27.07.2022 die Tiroler Landesregierung einen Bescheid über das Abschließen von Wölfen erließ. WWF AUT und ÖKOBÜRO haben vor dem Landesverwaltungsgericht Tirol Beschwerde gegen diesen Bescheid eingelegt. Das Landesverwaltungsgericht Tirol hat diesen Beschwerden aufschiebende Wirkung zuerkannt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281807&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4451680>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation zu einem neuen Protokoll für das partnerschaftliche Fischereiabkommen zwischen der EU und Grönland

Am 11.01.2024 hat die Kommission eine Konsultation zur Ermächtigung durch den Rat für die Aushandlung eines neuen Protokolls zur Umsetzung des Fischereiabkommens mit Grönland eröffnet. Das bisherige Protokoll läuft im April 2025 aus. Das Abkommen soll europäischen Fischereifloten den Zugang zu den Gewässern Grönlands ermöglichen, während im Gegenzug finanzielle und technische Hilfe geleistet wird. Zudem soll es eine nachhaltige Fischerei im Einklang mit wissenschaftlichen Gutachten über die biologische Lage der betreffenden Bestände ermöglichen. Rückmeldungen sind bis zum 08.02.2024 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14014-Fischereiabkommen-und-Protokoll-zwischen-der-EU-und-Gronland-weiteres-Vorgehen_de

EuGH; Urteil zur Fangquoten für irische Fischer

Der Europäische Gerichtshof entschied am 11.01.2024, dass die Prüfung der Vorlagefrage keine Aspekte ergeben hat, welche die Gültigkeit von Anhang IA der Verordnung (EU) 2020/123 des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für 2020 für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Unionsgewässern sowie für Fischereifahrzeuge der Union in bestimmten Nicht-Unionsgewässern beeinträchtigen könnte. Die streitigen Fangmengen seien auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Gutachten festgesetzt worden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281144&pageIndex=0&do-clang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1911936>

EP; Einspruch gegen Rechtsakt zu Höchstgehalten von Thiacloprid

Das EP verabschiedete am 17.01.2024 einen Einspruch zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung des Anhangs II der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des EU-Parlaments und des Rates hinsichtlich der Höchstgehalte an Rückständen des Insektizids Thiacloprid. Das EP fordert die Kommission auf, diesen Vorschlag zurückzuziehen und einen neuen Entwurf vorzulegen, mit dem alle Höchstgehalte für Thiacloprid für alle Anwendungen auf die Bestimmungsgrenze gesenkt werden, und alle Anträge auf Einfuhrtoleranzen abzulehnen. Nach der

Nichterneuerung der Genehmigung für Thiaclopid sollen mit dieser Verordnung alle geltenden Höchstgehalte für den Wirkstoff auf die Bestimmungsgrenze gesenkt werden, mit Ausnahme einiger Höchstgehalte, die auf Verwendungen in Nicht-EU-Ländern basieren.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0016_DE.html

Rat; Parlament; Vorläufige Einigung zur Kennzeichnung von Düngemitteln

Am 22.01.2024 erzielten Rat und EP eine vorläufige Einigung über die Verordnung über die digitale Kennzeichnung von Düngeprodukten. Dieser Vorschlag zur Änderung der derzeit geltenden Rechtsvorschriften zielt darauf ab, die Möglichkeit einer digitalen Kennzeichnung von EU-Düngeprodukten einzuführen und die Lesbarkeit der Etiketten zu verbessern, sodass die Verwendung von Düngeprodukten effizienter wird. Außerdem soll die Kennzeichnungspflichten für Lieferanten vereinfacht sowie die Kosten für die Branche gesenkt werden. Die vorläufige Einigung ermöglicht die Verwendung digitaler Etiketten für Produkte, die ohne Verpackung (als Massengut) verkauft werden, sofern die Etikettinformationen in der Verkaufsstelle an einer gut sichtbaren Stelle auch physisch ausgehängt bzw. einsehbar sind. Die beiden gesetzgebenden Organe haben beschlossen, den Zeitraum, für den digitale Etiketten ab dem Zeitpunkt des Inverkehrbringens des Produkts verfügbar sein müssen, auf zehn Jahre auszudehnen.

[Consilium.de](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/22/fertilisers-labelling-council-and-parliament-strike-provisional-deal-to-make-fertilisers-labelling-clearer-simpler-and-more-digital/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Fertilisers%E2%80%99+labelling:+Council+and+Parliament+strike+provisional+deal+to+make+fertilisers%E2%80%99+labelling%2c+clearer%2c+simpler+and+more+digital)

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/22/fertilisers-labelling-council-and-parliament-strike-provisional-deal-to-make-fertilisers-labelling-clearer-simpler-and-more-digital/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Fertilisers%E2%80%99+labelling:+Council+and+Parliament+strike+provisional+deal+to+make+fertilisers%E2%80%99+labelling%2c+clearer%2c+simpler+and+more+digital

Rat; Landwirtschaftsrat bespricht den strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft

Am 23.01.2024 trafen die Landwirtschaftsministerinnen und –minister zu einer Ratssitzung zusammen. In dem Rahmen stellte die BEL Ratspräsidentschaft ihr Programm für die erste Jahreshälfte 2024 vor und kündigte an, die strategische Autonomie der EU und die Ernährungssicherheit ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen. Gleichzeitig wolle sie die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit der Ernährungssysteme und das Tierwohl verbessern sowie die Rentabilität des Sektors sicherstellen. Die Kommission informierte zudem über die Ausrichtung des Strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Der Rat begrüßte diese Initiative und ihre übergeordneten Ziele. Er betonte, dass es wichtig sei, sicherzustellen, dass Landwirtinnen und Landwirte in der EU weiterhin die Ernährungssicherheit auf nachhaltige und rentable Weise sicherstellen können. Der Rat hob unter anderem hervor, wie wichtig es sei, der Polarisierung entgegenzuwirken und einen intensiven und offenen Dialog mit dem Sektor zu gewährleisten. Der Rat erörterte ferner einen Vorschlag der Kommission zur Schaffung eines EU-weiten Rahmens für das Waldmonitoring.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2024/01/23/?utm_source=dsm-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Agriculture+and+Fisheries+Council

EP; Ausschussabstimmung über neue genomische Techniken (NGT)

Der Umweltausschuss des EP verabschiedete am 24.01.2024 seine Position bezüglich neuer Regeln für neue Gentechnikmethoden. Die MdEP sprachen sich dafür aus, dass nur das Saatgut durch diese neuen Methoden genetisch veränderter Sorten gekennzeichnet werden muss, wenn die so gewonnenen Organismen als äquivalent

zu durch andere Züchtungsmethoden gewonnene Organismen gelten. Für Produkte im Einzelhandel soll es keine Kennzeichnungspflicht mehr geben, außerdem sollen Umwelt-Risikoprüfungen bei der Zulassung entfallen. Für den Biolandbau soll die Anwendung genetisch veränderter Organismen verboten bleiben. Eine breite Mehrheit gab es im Umweltausschuss für eine Klausel, nach der es keine Patente auf Sorten aus neuen Gentechniken geben soll.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240122IPR17027/new-genomic-techniques-meps-want-to-ban-all-patents-for-ngt-plants>

J u s t i z

EuGH; Schlussanträge zur Transparenz von Mindestzinssatzklauseln in Hypothekendarlehensverträgen

Generalanwältin Laila Medina hat in der Rechtssache in der Rechtssache C-450/22 (Caixabank u. a.) am 18.01.2024 ihre Schlussanträge verlesen. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass eine Transparenzkontrolle im Rahmen einer Verbandsklage möglich sei und lediglich an deren Besonderheiten angepasst werden müsse. Diese gerichtliche Kontrolle sei auch möglich, wenn sich die Klage gegen eine Vielzahl von Finanzinstituten richte und eine große Zahl von Verträgen betreffe, sofern die Gewerbetreibenden demselben Wirtschaftssektor angehören, die Vertragsklauseln ähnlich seien und das Recht der einzelnen Finanzinstitute auf wirksamen Rechtsschutz gewährleistet sei. Generalanwältin Medina unterstreicht, dass es Sache des ESP Obersten Gerichtshofs sei, zu prüfen, ob ein ausreichender Grad an Ähnlichkeit bestehe, um die Verbandsklage für zulässig zu erklären. Nach Auffassung der Generalanwältin ist es möglich, die Transparenzkontrolle in dem beim ESP Obersten Gerichtshof anhängigen Verfahren anhand des Maßstabs des Durchschnittsverbrauchers durchzuführen, da es bei diesem objektiven Maßstab nicht auf die Merkmale oder die Zahl der beteiligten Verbraucher ankomme.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281806&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=6561>

EuG; Bildzeichen NOAH kann als Unionsmarke für „Polohemden“ und „Sweater“ weiter eingetragen bleiben

Mit Urteil vom 24.01.2024 hat das EuG in der Rechtssache T-562/22 entschieden, dass das Bildzeichen NOAH als Unionsmarke für Polohemden und Sweater weiter eingetragen bleiben kann. Es hat damit eine Klage abgewiesen, die sich dagegen gerichtet hatte, dass das Amt der EU für geistiges Eigentum (EUIPO) ein im Jahr 2008 als Unionsmarke eingetragenes Bildzeichen in einer Entscheidung aus dem Jahr 2022 nicht vollumfänglich für verfallen erklärt hatte. Das Gericht bestätigt, insbesondere unter Berücksichtigung einer relativ konstanten Vermarktung im maßgeblichen Zeitraum und der Marketingstrategie in Form einer limitierten Auflage der Bekleidung, dass der Inhaber der angegriffenen Marke diese für „Polohemden“ und „Sweater“ tatsächlich ernsthaft benutzt hat.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=282023&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8953>

EuG; Urteil bestätigt die Gültigkeit des Schutzes eines LEGO-Spielbausteins

Mit Urteil vom 24.01.2024 hat das EuG in der Rechtssache T-537/22 die Gültigkeit des Geschmacksmuster-Schutzes eines LEGO-Spielbausteins bestätigt. Das Gericht hat auf die Klage einer Gesellschaft gegen eine Entscheidung des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) aus dem Jahr 2021 entschieden,

dass das ein Geschmacksmuster nur dann für nichtig erklärt werden könne, wenn alle seine Merkmale vom Schutz ausgenommen seien. Im vorliegenden Fall beträfen einige Argumente der Klägerin nur ein einziges von mehreren vom EUIPO herangezogenen Merkmalen und gingen daher ins Leere. Das Gericht stellt zudem fest, dass die Klägerin, die insoweit die Beweislast trage, keine Nachweise dafür beigebracht habe, dass Lego sich nicht auf die Ausnahme zum Schutz modularer Systeme berufen könne. Insbesondere hätte sie nachweisen müssen, dass der Baustein die Voraussetzungen der Neuheit und Eigenart nicht erfülle.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=282022&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3892>

EuGH; Automobilhersteller kann die Benutzung eines Zeichens, das mit der Marke, deren Inhaber er ist, identisch oder ihr ähnlich ist, für Ersatzteile verbieten

Mit Urteil vom 25.01.2024 hat der EuGH in der Rechtssache C-334/22 entschieden, dass ein Automobilhersteller die Benutzung eines Zeichens, das mit der Unionsmarke, deren Inhaber er ist, identisch oder ihr ähnlich ist, für Ersatzteile verbieten kann. Das gilt dann, wenn das Ersatzteil ein Element enthält, das für die Anbringung des Emblems dieses Herstellers gedacht ist und in seiner Form dieser Marke ähnlich oder mit ihr identisch ist. Hintergrund des Falls ist: ein POL Händler bietet nachgebaute, auf ältere Audi-Fahrzeuge angepasste Kühlergrills zum Kauf an und macht auf seiner Webseite Werbung dafür. Diese Kühlergrills enthalten ein Teil, dessen Form dieser Marke ähnlich oder mit ihr identisch ist und das für die Anbringung des Audi-Emblems gedacht ist. In seinem Urteil stellt der EuGH fest, dass die für Geschmacksmuster vorgesehene Reparaturklausel nicht anwendbar ist. Er führt aus, dass im vorliegenden Fall die Kühlergrills nicht vom Inhaber der Marke AUDI stammen und ohne seine Zustimmung auf den Markt gebracht werden. Das Teil, das für die Anbringung des Audi-Emblems gedacht ist, ist für seine Vermarktung durch den Dritten in die Kühlergrills integriert. Es ist für das Publikum, das ein solches Ersatzteil kaufen will, sichtbar. Dies könnte einen sachlichen Zusammenhang zwischen dem fraglichen Ersatzteil und dem Inhaber der Marke AUDI darstellen. Daher kann eine solche Benutzung die Funktionen der Marke, die u. a. darin bestehen, die Herkunft oder die Qualität der Ware zu garantieren, beeinträchtigen. Der Gerichtshof überlässt es nun dem nationalen Gericht, zu prüfen, ob das fragliche Teil des Kühlergrills mit der Marke AUDI identisch oder ihr ähnlich ist und ob der Kühlergrill mit einer oder mehreren Waren, für die diese Marke eingetragen ist, identisch oder ihnen ähnlich ist. Der EuGH bestätigt, dass das Unionsrecht, wenn die Wahl der Form des Teils, das für die Anbringung des Emblems des Automobilherstellers gedacht ist, von dem Willen geleitet ist, einen Kühlergrill zu vermarkten, der dem Originalkühlergrill so getreu wie möglich ähnelt, das ausschließliche Recht dieses Herstellers und Inhabers der Marke, die Benutzung eines identischen oder ähnlichen Zeichens zu verbieten, nicht beschränkt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=282066&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=11771>

EuGH; Schlussanträge zum Flüchtlingsschutz staatenloser Palästinenser

Der Generalanwalt Nicholas Emiliou legte am 11.01.2024 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-563/22 vor. Nach Ansicht des Generalanwaltes müssen die zuständigen Behörden bei der Prüfung der Schutzbedürftigkeit von Personen, die den Schutzbereich von UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) verlassen haben, die Frage berücksichtigen, warum sie den Schutzbereich von UNRWA verlassen haben und ob es ihnen möglich wäre dorthin zurückzukehren. Hierbei müssten die zuständigen Behörden insbesondere die aktuelle Situation im Gazastreifen berücksichtigen, wobei der Generalanwalt davon ausgeht, dass UNRWA seiner Schutzfunktion aktuell möglicherweise nicht mehr nachkommen könne und die Befriedigung der Grundbedürfnisse, wie Nahrung und Wohnung, möglicherweise nicht gewährleistet sei. Dem Verfahren liegt der Umstand zugrunde, dass staatenlose, aber beim UNRWA registrierte Palästinenser nach EU-Recht aktuell von der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft grundsätzlich ausgeschlossen sind.

<https://curia.europa.eu/juris/showPdf.jsf?text=&docid=268114&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4542457>

Europol; Verhaftung eines mutmaßlichen Drahtziehers eines sog. Kryptojacking- Modells

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 12.01.2024 bekanntgegeben, dass die nationale Polizei der Ukraine mit Unterstützung von Europol eine Person verhaftet hat, die als Drahtzieher eines eines sog. Kryptojacking-Modells gilt. Die 29-jährige Person wurde am 09.01.2024 in Mykolaiv, Ukraine, festgenommen. Die Verhaftung erfolgte nach monatelanger intensiver Zusammenarbeit zwischen den ukrainischen Behörden, Europol und einem Cloud-Anbieter. Es wird vermutet, dass der Festgenommene über 1,8 Mio. EUR in Kryptowährungen erbeutet hat.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/cryptojacker-arrested-in-ukraine-over-eur-1.8-million-mining-scheme>

Kommission; starke Vertretung der EU auf der Konferenz der Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens gegen Korruption

Wie die Kommission am 15.01.2024 bekannt gab, haben an der vom 11. bis 15.12.2023 tagenden 10. Konferenz der Vertragsstaaten des UN-Übereinkommens gegen Korruption eine Rekordzahl von Delegierten und Vertretern der Zivilgesellschaft teilgenommen. Die EU war durch verschiedene Abteilungen der Kommission vertreten. Die Konferenz der Vertragsstaaten bot auch eine Rekordzahl von Nebenveranstaltungen, von denen vier von der Europäischen Kommission gesponsert wurden: Synergien zwischen Überprüfungsmechanismen, Korruption und Sport, Jugendbildung und Schutz von Hinweisgebern.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/strong-eu-representation-un-convention-against-corruption-conference-states-parties-2023-2024-01-15_en

Kommission; Austausch personenbezogener Daten mit elf Drittländern und Gebieten kann fortgesetzt werden

Die Kommission hat am 15.01.2024 die Überprüfung von elf Angemessenheitsbeschlüssen abgeschlossen. Diese Beschlüsse waren noch nach den der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vorausgehenden Datenschutzvorschriften der EU erlassen worden. Die Kommission stellt in ihrem Bericht fest, dass für personenbezogene Daten, die aus der EU an Andorra, Argentinien, die Färöer, Guernsey, die Insel Man, Israel, Jersey, Kanada, Neuseeland, die Schweiz und Uruguay übermittelt werden, weiterhin angemessene

Datenschutzgarantien bestehen. Deshalb blieben die Angemessenheitsbeschlüsse für diese elf Länder und Gebiete in Kraft und es gebe keine Beschränkungen für die Datenströme in diese Länder und Gebiete. Die Überprüfung habe ergeben, dass sich die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen in diesen Ländern und Gebieten weiter an den EU-Rahmen angeglichen haben und der Schutz personenbezogener Daten verbessert wurde. Die DSGVO habe sich positiv ausgewirkt. So seien etwa neue individuelle Rechte eingeführt, die Unabhängigkeit und die Befugnisse der für die Durchsetzung der Datenschutzvorschriften zuständigen Behörden gestärkt und die Vorschriften für internationale Datentransfers modernisiert worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_161

Rat; Politischer Führer der Hamas wird in die EU-Terrorliste aufgenommen

Der Rat hat am 16.01.2024 beschlossen, Yahia Sinouar in die EU-Terroristenliste aufzunehmen. Der Beschluss ist Teil der Reaktion der EU auf die Bedrohung durch die Hamas und deren Terroranschläge auf Israel ab dem 07.10.2023. Yahia Sinouar gilt als politischer Führer der Hamas. Nach der Aufnahme in die Liste werden Yahia Sinouars Gelder und anderen finanziellen Vermögenswerte in EU-Mitgliedstaaten eingefroren. Ferner dürfen Wirtschaftsteilnehmer aus der EU ihm keine Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/16/eu-terrorist-list-council-lists-one-individual-in-response-to-the-7-october-attacks-in-israel/>

EuGH; Parlamentarischer Untersuchungsausschuss muss grundsätzlich DSGVO einhalten - Ausnahme, wenn nationale Sicherheit betroffen

Der EuGH hat am 16.01.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-33/22 verkündet. Er stellt fest, dass ein vom Parlament eines Mitgliedstaats eingesetzter Untersuchungsausschuss grundsätzlich die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) einhalten muss. Dies gelte aber dann nicht, wenn der Untersuchungsausschuss eine Tätigkeit ausübt, die als solche der Wahrung der nationalen Sicherheit dient. Dann unterliege er der eng auszulegenden Bereichsausnahme des Art. 2 Abs. 1 lit. a DSGVO und unterliege folglich auch nicht der Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde.

Im konkreten Fall stellte der EuGH fest, dass vorbehaltlich einer Überprüfung durch das nationale Gericht der in Rede stehende parlamentarische Ausschuss in AUT als solcher nicht der Wahrung der nationalen Sicherheit dient, so dass die Anwendbarkeit der DSGVO zu bejahen sei. Der verfahrensgegenständliche Untersuchungsausschuss war 2018 vom AUT Parlament eingesetzt worden, um die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung zu untersuchen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281303&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4773640>

EuGH; Häusliche Gewalt kann Flüchtlingseigenschaft begründen

Der EuGH hat am 16.01.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-362/21 verkündet. Hierin kommt er zu dem Ergebnis, dass häusliche Gewalt ein Anlass sein kann, Frauen die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen. Demnach könnten Frauen insgesamt als einer sozialen Gruppe im Sinne der Richtlinie 2011/95 zugehörig angesehen werden und es könne ihnen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden, sofern die in dieser Richtlinie vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt seien. Dies sei der Fall, wenn sie in ihrem Herkunftsland aufgrund ihres Geschlechts physischer oder psychischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt und häuslicher Gewalt, ausgesetzt sind. Sofern die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht erfüllt seien, könne ihnen der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt werden. Dies gelte insbesondere, wenn sie tatsächlich Gefahr laufen, getötet zu werden oder Gewalt zu erfahren.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281302&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5275885>

EP; Hetze und Hasskriminalität in EU-Straftatenkatalog aufnehmen

Das EP hat den Rat am 18.01.2024 nachdrücklich aufgefordert, einen Beschluss zur Aufnahme von Hetze und Hasskriminalität in den EU-Straftatenkatalog anzunehmen. In der Plenarsitzung stimmten die Abgeordneten für einen entsprechenden Initiativbericht. Hintergrund ist die bereits im Jahr 2021 vorgelegte Mitteilung zur Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität durch die EU-Kommission mit ihrem zugleich ausgearbeiteten Vorschlag für einen Beschluss des Rates. Nach Art. 83 AEUV ist es erforderlich, dass im ersten Schritt der Rat einstimmig mit Zustimmung des EP beschließt, einen neuen Kriminalitätsbereich in die Liste der Straftaten in Artikel 83 AEUV aufzunehmen, bevor im zweiten Schritt Mindestvorschriften für die Definitionen und Sanktionen erlassen werden können. Das EP bedauert die Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten und betont die Notwendigkeit der Bekämpfung auf EU-Ebene angesichts der grenzüberschreitenden Dimension sowie zunehmenden Diskriminierung. Da der bestehende Rechtsrahmen nur Straftaten aus Gründen der Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung und Herkunft erfasst, sei eine Harmonisierung der Vorschriften angezeigt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240112IPR16777/time-to-criminalise-hate-speech-and-hate-crime-under-eu-law>

EuGH; Anforderungen an den Anspruch auf immateriellen Schadensersatz nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Der EuGH hat am 25.01.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-687/21 verkündet. Hierin kommt er zu dem Ergebnis, dass alleine die irrtümliche Weitergabe von personenbezogenen Daten für sich allein genommen nicht ausreicht, um davon auszugehen, dass die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die der für die betreffende Datenverarbeitung Verantwortliche getroffen hat, nicht „geeignet“ im Sinne der Art. 24 und 32 DSGVO waren. Auch hat der datenschutzrechtliche Schadensersatzanspruch demnach eine Ausgleichs- und keine Straffunktion. Die Person, die aufgrund des Datenschutzverstoßes Schadensersatz verlangt, muss daher nicht nur den Datenschutzverstoß nachweisen, sondern auch, dass ihr dadurch ein materieller oder immaterieller Schaden entstanden ist. Schließlich ist laut dem Urteil ein immaterieller Schaden nicht schon deshalb anzunehmen, weil die betroffene Person befürchtet, dass ihre Daten missbräuchlich verwendet werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=15398288B443CEA98B133EEA86082F28?text=&docid=282062&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=25375>

EuGH; Vertraulichkeit bestimmter flugsicherheitsbezogener Informationen ist gerechtfertigt und verhältnismäßig

Der EuGH hat am 18.01.2024 sein Urteil in der Rechtssache C-451/22 verkündet. Hierin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Vertraulichkeit bestimmter flugsicherheitsbezogener Informationen gerechtfertigt und verhältnismäßig sein könne. Der Entscheidung ging ein Auskunftsgesuch zweier Medienunternehmen gegen die niederländische Regierung voraus. Die Medienunternehmen begeherten von der NDJ Regierung Einsicht in Dokumente im Zusammenhang mit dem Abschuss der MH17-Maschine. Der EuGH hat hierzu nun entschieden, dass die Nichtpreisgabe der verfahrensgegenständlichen Informationen zwar die Informationsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung beeinträchtigt habe, dies aber gerechtfertigt und angemessen gewesen sei, da die Vertraulichkeit der fraglichen Daten über

Flugstörungen und -unfälle zentral für die Flugsicherung gewesen sei. Zudem, so der EuGH, hätten sich Öffentlichkeit und Medien auch aus anderen Quellen als den staatlichen Dokumenten zu dem Thema informieren können. Ferner stehe es Behörden frei, selbst zu entscheiden, welche Informationen sie herausgeben, insbesondere wenn in einem Fall wie diesem wichtige Güter wie die Flugsicherheit gefährdet sein könnten. Dann könne sich die Herausgabe von Informationen schon aus Sicherheitsgründen verbieten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=281800&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4663013>

Rat; EP; Einigung auf strengere Vorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels

Der Rat und das EP haben sich am 22.01.2024 auf strengere Regelungen zur Bekämpfung des Menschenhandels geeinigt. Die neuen Vorschriften sollen den Strafverfolgungs- und Justizbehörden bessere Instrumente zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung neuer Formen der Ausbeutung – einschließlich jener über das Internet – an die Hand geben. Hierfür soll die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels von 2011 aktualisiert und überarbeitet werden. Der Schwerpunkt soll sowohl auf der Verhütung als auch der Bekämpfung des Menschenhandels liegen. Hierfür soll u.a. die Definition des Menschenhandels erweitert und die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zum Zwecke des Menschenhandels besser erfasst und strenger geahndet werden. Auch ist vorgesehen, dass die wissentliche Inanspruchnahme von Diensten, die von Opfern des Menschenhandels erbracht werden, zu einer Straftat werden soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_343

Kommission; Kampf gegen den Drogenhandel: Kommission bringt EU-Hafenallianz auf den Weg

Am 24.01.2024 startete die Kommission und der BEL Ratsvorsitz zusammen mit den Mitgliedstaaten, Hafenbehörden, europäischen Verbänden, EU-Agenturen (Europol, EMCDDA) und Vertretern von Zoll- und Strafverfolgungsbehörden die öffentlich-private Partnerschaft „Europäische Hafenallianz“. Ziel der Partnerschaft ist es, alle relevanten Interessenträger an einen Tisch zu bringen, um Lösungen für den Schutz der Häfen vor Drogenhandel und krimineller Unterwanderung zu formulieren. Mit der Europäischen Hafenallianz sollen insbesondere Zollbehörden und Strafverfolgungsmaßnahmen in den Häfen gestärkt werden. Auch soll eine öffentlich-privaten Partnerschaft zur Bekämpfung des Drogenschmuggels gegründet werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_344

EuGH; Generalanwalt: Verbraucherverbände dürfen bei DSGVO-Verstößen klagen

Generalanwalt Jean Richard de la Tour hat am 25.01.2024 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-757/22 verlesen. Er vertritt darin die Auffassung, dass Verbraucherverbände auch bei Verletzungen von DSGVO-Informationspflichten klagebefugt sind. Die Schlussanträge des Generalanwaltes konkretisieren ein im Jahr 2022 gesprochenes Grundsatzurteil des EuGH, wonach Verbraucherverbände bei Verstößen von Anbietern gegen die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) klagebefugt sind. Hintergrund des nunmehr anhängigen Verfahrens beim EuGH ist eine Klage der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) gegen Meta, die derzeit beim Bundesgerichtshof (BGH) anhängig ist.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62022CC0757>

EuGH; Generalanwältin: Mitgliedstaaten (MS) sind nicht verpflichtet, die in

einem anderen MS zuerkannte Flüchtlingseigenschaft anzuerkennen

Generalanwältin Laila Medina hat am 25.01.2024 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-753/22 verlesen. Sie vertritt darin die Auffassung, dass nach dem Unionsrecht in Bezug auf positive Entscheidungen, mit denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werde, kein Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gelte. Daraus, dass nach der Konzeption der Dublin-III-Verordnung ein einziger MS zuständig sei, folge nicht, dass ohne Prüfung in der Sache der von einem anderen MS bereits gewährte internationale Schutz anerkannt werden müsse. Die Behörden des zweiten MS (hier: DEU), die den neuerlichen Antrag prüften, dürften indessen nicht außer Acht lassen, dass ein anderer MS (hier: GRI) bereits den Flüchtlingsstatus zuerkannt habe. Dieser Umstand könne nämlich einen der Anhaltspunkte darstellen, die die Tatsachen bestätigten, auf die sich die betroffene Person zur Stützung ihres neuerlichen Antrags berufe. Außerdem müssten die deutschen Behörden den neuerlichen Antrag mit Vorrang prüfen. Ferner müssen die MS demnach in Erwägung ziehen, vom System des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten Gebrauch zu machen, das die Dublin-III-Verordnung vorsehe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=282081&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5262325>

Bildung und Kultur

Kommission; Kulturhauptstädte Europas;

Die Kommission hat am 16.01.2024 in einer Mitteilung die drei neuen für das Jahr 2024 ausgewählten Kulturhauptstädte Europas gewürdigt. Diese sind: Bad Ischl-Salzkammergut (AUT), Tartu (EST) und Bodø (Norwegen). Die Kulturhauptstädte für 2024 wurden aus einem Kreis von mehr als 65 Städten ausgewählt. Das ganze Jahr 2024 über werden die Kulturhauptstädte und ihre Regionen kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und Aufführungen organisieren, um den Reichtum und die Vielfalt der Kulturen in Europa zu feiern. Die Kommission hat den drei Kulturhauptstädten Europas den mit 1,5 Mio. EUR dotierten Melina-Mercouri-Preis verliehen, der aus dem EU-Kulturförderprogramm Kreatives Europa finanziert wird und damit die Qualität des Vorbereitungsprozesses der Städte gewürdigt. Die Kommission erinnerte vorausschauend daran, dass nach der bereits erfolgten Auswahl für das Jahr 2025 die drei Städte Chemnitz (DEU), Nova Gorica (SLO) und Görz (ITL) Europäische Kulturhauptstädte 2025 sein werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kulturhauptstadte-europas-2024-bad-ischl-salzkammergut-tartu-und-bodo-2024-01-16_de

Information, Kommunikation und Medien

EP; Ausschuss stimmt über EU-Medienfreiheitsgesetz ab

Der EP-Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) hat am 24.01.2024 den im Trilog erzielten Kompromiss zum EU-Medienfreiheitsgesetz (EMFA) mit breiter Mehrheit (23:4:2) bestätigt. Das EP-Plenum wird voraussichtlich im März 2024 förmlich zustimmen. Die neue Verordnung soll Medienpluralismus und -freiheit in der EU stärken. Sie macht Vorgaben u.a. zum Schutz von Journalistinnen und Journalisten, zum öffentlichen-rechtlichen Rundfunk und zum Umgang mit Medieninhalten auf Online-Plattformen. Außerdem wird eine neue Aufsichtsbehörde eingerichtet, das Europäische Gremium für Mediendienste. Besonders umstritten war Art. 4 des EMFA,

der sich mit dem Schutz von Journalistinnen und Journalisten und ihren Quellen befasst.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/webstreaming/cult-committee-meeting_20240124-0930-COMMITTEE-CULT

EU – Förderprogramme

Kommission; DiscoverEU: Über 8500 junge Menschen aus DEU reisen ab März 2024 kostenfrei durch Europa

Am 09.01.2024 gab die Kommission bekannt, dass im Rahmen des Programms DiscoverEU über 36.000 18-Jährige aus den Mitgliedstaaten (MS), Island, Liechtenstein, Nord-Mazedonien, Norwegen, Serbien und der Türkei ab März 2024 gratis durch Europa reisen können. Dies ist das Ergebnis eines vorausgegangenen Bewerbungsverfahrens. Die Gewinner erhalten im Rahmen des Programms „DiscoverEU“ einen Travel-Pass, mit dem sie vor allem mit der Bahn die Vielfalt des Kontinents erkunden können. Die Bewerbungsrunde von DiscoverEU stand jungen Menschen offen, die zwischen dem 01.01.2005 und dem 31.12.2005 in den EU-MS und in den mit Erasmus+ assoziierten Ländern geboren wurden. Insgesamt gab es 144.038 Bewerbungen. Aus DEU hatten sich 15.566 junge Menschen beworben, 8537 wurden ausgewählt.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/discovereu-uber-8500-junge-menschen-aus-deutschland-reisen-ab-marz-gratis-durch-europa-2024-01-09_de

Kommission; Unterstützung literarischer Übersetzungen und der Buchwerbung

Die Kommission hat am 16.01.2024 einen Fördercall für die Verbreitung europäischer literarischer Werke im Rahmen des Programms Kreatives Europa veröffentlicht. Diese Initiative, die mit einem Budget von 5 Mio. EUR ausgestattet ist, zielt darauf ab, die Übersetzung, Veröffentlichung, Verbreitung und Förderung verschiedener Formen europäischer Belletristik, einschließlich von Romanen, Lyrik und Comics, durch etwa 40 Projekte zu erleichtern. Im Jahr 2024 wird die Ausschreibung die Ukraine weiterhin im Bereich der Bücher unterstützen, indem sie Flüchtlingen und Vertriebenen Publikationen in ukrainischer Sprache zur Verfügung stellt. Bewerbungsschluss ist der 16.04.2024.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/crea-cult-2024-lit?programmePeriod=2021%20-%202027&frameworkProgramme=43251814&callIdentifier=CREA-CULT-2024-LIT&sortBy=startDate&pageSize=25>

Europäische Plattform für das kulturelle Erbe; Auslobung von kleineren Zuschüssen für kulturelles Erbe in EU-Nachbarländern

Das von der EU kofinanzierte Projekt „European Heritage Hub“ hat am 22.01.2024 ein Programm für kleinere Zuschüsse aufgelegt, um von der Zivilgesellschaft geleitete Maßnahmen zum Schutz des kulturellen Erbes in den Nachbarländern der EU zu unterstützen. Bewerben können sich zivilgesellschaftliche Organisationen aus elf Nachbarländern der EU: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Ukraine. Diese Länder – teils Kandidaten, teils potenzielle Kandidaten für den EU-Beitritt oder enge Nachbarn der EU – sind entweder mit einem bewaffneten Konflikt konfrontiert, müssen sich mit Herausforderungen nach einem solchen Konflikt auseinandersetzen oder benötigen Maßnahmen zur Verhinderung möglicher künftiger

Konflikte. Das Programm für kleinere Zuschüsse der Europäischen Kulturerbe-Drehscheibe (European Heritage Hub Small Grants Scheme) zielt darauf ab, Kulturerbe-Akteure aus den oben genannten Ländern zu ermutigen und zu befähigen, aktive Protagonisten der europäischen Kulturerbe-Bewegung zu werden. Das Antragsverfahren läuft vom 23.01. bis zum 31.03.2024.

<https://www.europeanheritagehub.eu/call-for-applications-small-grants-scheme-for-heritage-related-projects-led-by-civil-society-in-eu-neighbouring-countries/>

Kommission; Knapp 600 Mio. EUR zur Förderung der Energieinfrastruktur

Am 25.01.2024 gab die Kommission bekannt, dass sie im Rahmen des Finanzierungsinstruments Connecting Europe Fazilität 594 Mio. EUR für acht Energieinfrastrukturprojekte mit grenzüberschreitendem Bezug bereit stellen wird. Unter den geförderten Projekten ist eines aus DEU und CZR, das mit 100 Mio. EUR gefördert wird und bei dem es um die beschleunigte Digitalisierung des Verteilnetzes geht. Durch diese Digitalisierung werden die Voraussetzungen für die weitergehende Integration Erneuerbarer Energiequellen geschaffen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-forderung-fast-600-mio-euro-fur-energieinfrastruktur-ua-fur-projekt-zwischen-deutschland-und-2024-01-25_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Europas Rolle in der Welt: Wertegeleitete Außenpolitik im Lichte globaler Krisenbewältigung

Auf Einladung des hessischen Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz, des Leibniz-Forschungsnetzwerks „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ sowie des Forschungszentrums „Normative Ordnungen“ – Goethe Universität Frankfurt fand am 23.01.2024 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in der Reihe Crisis Talks die Veranstaltung „Europas Rolle in der Welt: Wertegeleitete Außenpolitik im Lichte globaler Krisenbewältigung“ statt. Dr. Stefan Kroll, Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, hob in seiner Begrüßung hervor, dass es ein Dilemma sei, das längst erkannt, aber noch nicht gelöst sei: Europäische Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte sollen die Außenpolitik der EU und der europäischen Regierungen leiten. Zugleich sei die europäische Außenpolitik von einer Mehrzahl von Krisen und Konflikten konfrontiert, die sich nicht nur durch Allianzen von Demokratien erfolgreich bearbeiten ließen. Die Kernfrage des Impulses von Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, war, ob sich Europa seine Werte in der heutigen Zeit noch „leisten“ könne. In der Welt gebe es viel mehr Autokratien als Demokratien, mit einem immer stärkeren Kampf um die Staaten, die sich noch zu keinem der beiden Systeme bekannt hätten, wie etwa China. Ihr Fazit war, dass Europa mit Werten allein nicht weiterkomme, Interessen seien auch zu berücksichtigen und dafür müsse man zum einen mit Freunden und zum anderen mit strategischen Partnern agieren. In der anschließenden Podiumsdiskussion sagte Hannah Neumann, MdEP (Die Grünen/DEU), sie sei gegen eine Unterscheidung zwischen Interessen -und wertebasierter Außenpolitik, da sich diese nicht gut voneinander trennen ließen. Prof. Dr. Frank Hoffmeister, Direktor im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) stellte bzgl. der Frage über die Spannungen zwischen China und Taiwan klar, dass China ein klarer systemischer Rivale sei. Prof. Deitelhoff konstatierte, dass Saudi-Arabien kein Wertepartner sei, es gebe aber zum Teil gleiche Interessen. Moderiert wurde die Veranstaltung durch Rebecca C. Schmidt, Forschungszentrum „Normative Ordnungen“ – Goethe Universität Frankfurt.

Das Ostbelgien-Modell – Demokratische Erneuerung im Herzen Europas

Der hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz lud gemeinsam mit der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens in Brüssel am 23.01.2024 zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Das Ostbelgien-Modell – demokratische Erneuerung im Herzen Europas“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU ein. Nach der Begrüßung durch den Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens Oliver Paasch fand das erste Panel statt, in dem Menschen zu Wort kamen, die aktiv an den Prozessen des Ostbelgien-Modells beteiligt sind. So schilderten Charles Servaty, Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Mechtilde Neuens und Isabelle François, Vertreterinnen des Bürgerrats, die Besonderheiten des Modells und wie sich ihre Sicht auf die Politik dadurch verändert hat. In einem zweiten Panel haben sich nach dem Impuls von Christoph Niessen, Forscher am Institut für Politikwissenschaften der Universität Antwerpen, Hendrik van de Velde, Botschafter, Koordinator der BEL EU-Ratspräsidentschaft sowie Ivo Belet, Experte im Kabinett der Vizepräsidentin Šuica Dubravka und Christoph Niessen darüber ausgetauscht, welche Herausforderungen sie im Hinblick auf die Zukunft der Demokratie sehen und ob die verstärkte Bürgerbeteiligung ein Weg sein kann, Politik und Bürger näher zusammenzuführen. Bezüge zur Konferenz zur Zukunft Europas bereicherten die Diskussion. Alain Kniebs, Direktor des Belgischen Rundfunks, führte durch den Abend.

Holocaust Remembrance Day 2024

Auf Einladung der israelischen Botschaft in Brüssel, der israelischen Mission bei der EU, des American Jewish Committee (AJC) sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung fand der Internationale Holocaust Gedenktag 2024 am 24.01.2024 in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Botschafter Israels, Haim Regev. Der Direktor von Yad Vashem, Dani Dayan appellierte in seinem Impuls an alle Bürger, ob jüdisch oder nicht, die Opfer des Holocaust nicht zu vergessen. Antisemitische Handlungen seien Entscheidungen, die man selbst treffe oder eben nicht. Er hoffe, dass Menschen im heutigen Europa anders als vor 80 Jahren: die richtigen Entscheidungen trafen. Anschließend wandte sich Margaritis Schinas, Vizepräsident der Kommission und zugleich zuständiger Kommissar für das Thema Antisemitismus in einer Videobotschaft an die Gäste. Er betonte, dass die EU weitere Maßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus im Netz ergreifen werde. In der anschließenden Diskussion tauschten sich Katharina von Schnurbein, Beauftragte der Kommission zur Bekämpfung de, Antisemitismus und Förderung jüdischen Lebens, Yohan Benizri, Executive Board Member des World Jewish Congress sowie Daniel Schwammenthal, Direktor des American Jewish Committee (AJC) über die aktuelle Situation von Jüdinnen und Juden in Europa, insbesondere in BEL aus. Teile der „Flashes of Memory“-Ausstellung aus Yad Vashem umrahmten die Veranstaltung. Moderiert wurde der Gedenktag durch Daniel Steinvoth, Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung.

Podcast „Einspruch“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Am 25.01.2023 wurde der Podcast „Einspruch“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in der Hessischen Landesvertretung aufgezeichnet. Über 150 Gäste verfolgten das Gespräch zwischen den beiden Redakteuren Dr. Reinhard Müller und Dr. Stephan Klenner mit Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Professor am Institut für Öffentliches Recht der Universität Bonn und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, zu der Frage „Deutschland – ein Außenseiter in Europa?“. Die Antwort von Prof. Di Fabio war klar: DEU habe bis zum russischen Überfall auf die Ukraine eine oftmals naive Politik betrieben und nationale Interessen nicht hinreichend nüchtern betrachtet. Als Beispiel

nannte er die Energiepolitik: hier habe sich die deutsche Politik lange mit großer Überheblichkeit über die Einwände von Verbündeten gegen die DEU Abhängigkeit vom russischen Gas hinweggesetzt. Auch bei der Migrationspolitik habe DEU lange geglaubt, dass andere europäische Länder folgen würden, was aber nicht der Fall war. Den Vorwurf, das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) habe mit seinen Urteilen zu Verwerfungen in der EU beigetragen, ließ Prof. Di Fabio nicht gelten: Diese Verwerfungen seien politischer und finanzpolitischer Natur; das BVerfG reagiere nur auf diese politische Unausgewogenheit und habe zentrifugale Tendenzen nicht verursacht. Das BVerfG sei vorsichtig und sich der Wirkung seien Urteile auch in anderen Mitgliedstaaten bewusst. Zur aktuellen Diskussion über innere Reformen der EU, insbesondere die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen in der EU nahm der Staatsrechtslehrer ebenfalls Stellung. Er zeigte sich zurückhaltend: Die Mitgliedstaaten müssten souverän bleiben – gerade im budgetrechtlichen Kernbereich und der Außenpolitik. So sei das BVerfG wohl zögerlich, wenn eine Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland mit Mehrheit gegen DEU entschieden werden könnte, prognostizierte Prof. Di Fabio.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

01.02.2024 Außerordentliche Tagung des Europäischen Rats
 Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

Rat

29.01.2024 Rat für Allgemeine Angelegenheiten

 Legislativpaket "Verteidigung der Europäischen
 Demokratie"
 Prioritäten des BEL Vorsitzes

30./31.01.2024 Informeller Rat der Verteidigungsminister
 Verteidigungspolitische Herausforderungen der
 Mitgliedstaaten

02./03.02.2024 Informeller Rat der Außenminister
 (es liegt noch keine Tagesordnung vor)

05./06.02.2024 Informeller Rat für Kohäsionspolitik
 Zukunft der Kohäsionspolitik

08./09.02.2024 Informeller Rat für Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt
 und Industrie
 Aktuelle EU-Dossiers

Europäische Kommission

- 31.01.2024 Paket zur Krebsprävention
- Überarbeitung der Empfehlung des Rates zu rauchfreien Zonen
- Empfehlung des Rates zu durch Impfung vermeidbaren Krebsarten
- 06.02.2024 Klimaziel der EU für 2040
Mitteilung zum industriellen Kohlenstoffmanagement
Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornographie

Europäisches Parlament

- Plenarsitzung in Straßburg vom 05.-08.02.2024
- Sofortüberweisungen in Euro
 - Hochwertige Praktika in der EU
 - Grenzwerte für Blei und seine anorganischen Verbindungen und Diisocyanate
 - Zwei Jahre nach dem Beginn von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine
 - Unionsweite Wirkung bestimmter Entscheidungen über den Fahrbefähigungsverlust
 - Änderung des Beschlusses 2009/917/JI des Rates im Hinblick auf dessen Angleichung an die Unionsvorschriften über den Schutz personenbezogener Daten
 - Elektro- und Elektronik-Altgeräte (EEAG)
 - Änderung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD) und der Richtlinie betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-Richtlinie)
 - Maßnahmen für ein hohes Maß an Interoperabilität des öffentlichen Sektors in der Union (Gesetz für ein interoperables Europa)
 - Änderung der Verordnung zur Festlegung von Bewirtschaftungs-, Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Übereinkommensbereich der ICCAT und der Verordnung zur Festlegung eines mehrjährigen Bewirtschaftungsplans für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer
 - Mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens- und Futtermittel
 - Politische Beziehungen zwischen der EU und Russland
 - Erklärung der Kommission – Multilaterale Verhandlungen mit Blick auf die 13. WTO-Ministerkonferenz vom 26. bis 29. Februar 2024 in Abu Dhabi
 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
 - Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 1. Februar 2024

Was Europa ausmacht – Aussprache mit dem Präsidenten Rumäniens, Klaus Iohannis
 Ermächtigung der Französischen Republik zur Aushandlung, zur Unterzeichnung und zum Abschluss einer internationalen Vereinbarung über die in der festen Ärmelkanal-Verbindung geltenden Sicherheits- und Interoperabilitätsanforderungen
 Abschluss des Abkommens über nachhaltige Investitionsförderung zwischen der Europäischen Union und der Republik Angola
 Vor Kurzem gefasster Beschluss Norwegens, den Tiefseebergbau in der Arktis voranzubringen
 Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit in Griechenland
 Automatisierter Datenaustausch für die polizeiliche Zusammenarbeit („Prüm II“)
 Die Prioritäten der EU für die 68. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau
 Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in der EU
 Lage in Serbien nach der Wahl

Ausschuss der Regionen

- 31.01./01.02.2024 159. AdR-Plenarsitzung
 Grüner Deal und Gesundheit
 Eine integrierte EU-Strategie zur Unterstützung ortsbezogener Innovationen für den grünen und den digitalen Wandel
 Europäischer Behindertenausweis und Europäischer Parkausweis für Menschen mit Behinderungen
 KMU-Entlastungspaket und BEFIT
 Risikomanagement und Marktregulierung: Instrumente zur Stärkung der Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft
 Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsgesetz)
 Paket zur Ökologisierung des Güterverkehrs
- 05.02.2024 NAT-Fachkommissionssitzung
 Neue genomische Techniken und Pflanzenvermehrungsmaterial (Abstimmung)
 Psychische Gesundheit (Abstimmung)
 Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (Meinungsaustausch)
 Bewältigung von Arzneimittelengpässen (Meinungsaustausch)
 Schaffung eines europäischen Blauen Deals aus Sicht der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung in den Regionen der EU (Meinungsaustausch)
- 06.02.2024 CIVEX-Fachkommissionssitzung

- 08.02.2024 Stand der Erweiterungspolitik: Aktuelle Informationen des Europäischen Rates und der Kommission (Abstimmung)
 ENVE-Fachkommissionssitzung
 Schutz der biologischen Vielfalt und Koexistenz mit Großraubtieren in Europa – Herausforderungen und Chancen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften (Abstimmung)
 Lokale Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie (Abstimmung)
 Ein globaler Grüner Deal: Harmonisierung der globalen Rahmen für Klimapolitik, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung (Meinungsaustausch)
 Eine resiliente Wasserbewirtschaftung zur Bekämpfung der Klimakrise im Rahmen des europäischen Blauen Deals (Meinungsaustausch)
 Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik (Orientierungsdebatte)
- 09.02.2024 COTER-Fachkommissionssitzung
 Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen (Abstimmung)
 Vorschlag für eine europäische Erklärung zum Radverkehr (Abstimmung)

Europäischer Gerichtshof

- 30.01.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-560/20 – Landeshauptmann von Wien – Familienzusammenführung mit einem minderjährigen Flüchtling (Österreich)
- 30.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-255/21 – Reti Televisive Italiane – Höchstsendezeiten für Fernsehwerbung (Italien)
- 30.01.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-118/22 Direktor na Glavna direksia „Natsionalna politzia“ pri MVR - Sofia – Löschung einer polizeilichen Registrierung nach verbüßter Strafe (Bulgarien)
- 30.01.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-442/22 – Dyrektor Izby Administracji Skarbowej w Lublinie – Betrug eines Angestellten; Haftung für Mehrwertsteuerbetrug (Polen)
- 01.02.2024 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-251/22 P – Scania u.a. / Kommission – LKW-Kartell

- 08.02.2024 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-216/22 – Bundesrepublik Deutschland – Wiederholte Asylanträge: Zulässigkeit eines Folgeantrags (Deutschland)
- 08.02.2024 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-633/22 – Real Madrid Club de Fútbol – Schadenersatz wegen ehrverletzenden Zeitungsartikels; Vollstreckung von spanischen Gerichtsentscheidungen und französischer *ordre public* (Frankreich)
- 08.02.2024 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-446/21 – Schrems – Öffentlichmachung von Daten (Österreich)

EuG

- 07.02.2024 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 146/22 – Ryanair / Kommission (KLM II; COVID-19) – Staatliche Beihilfen im Kontext der Covid-19-Pandemie (Niederlande)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 09.02.2024.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA